

# DEUTSCHE BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg 1), Biesenbinderhof 57, "Gewerkschaftshaus".

Offizielles Organ  
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

## Die Haftpflicht des Staates und der Beamten.

Der letzte in Kiel abgehaltene Deutsche Juristentag hat sich mit der Frage beschäftigt, inavieweit der Staat (und natürlich auch die Gemeinde) für die Rechtsverletzungen seiner Beamten haften solle. Der erste Redner zu diesem Thema, Professor Gierke, erklärte es für eine Unstampsicht des Staates und der Gemeinden, daß sie für den Schaden aufkommen, den ihre Beamten im Dienste anrichten und auch der zweite Redent, Professor Herrnritt, erklärte es für durchaus notwendig, daß die Schadloshaltung des durch eine amtliche Handlung oder Unterlassung Verlebten gesetzlich festgelegt werde. Bereits vor mehr als 30 Jahren hat der Juristentag diese Forderung gestellt, ohne daß sie bis heute erfüllt worden ist. Da gerade die organisierten Arbeiter am allermeisten unter den Übergriffen der Beamten zu leiden haben und das Fehlen einer Haftpflicht um unangenehmsten empfinden, so dürfte es sich verlohnen, diese Frage einmal vom Arbeiterspunkt aus zu erörtern.

Bekanntlich ist nach der heutigen Rechtsauffassung jeder Mensch, der vorsätzlich oder fahrlässig einen Schaden anrichtet, zur Entschädigung verpflichtet und muß, soweit in seiner Kraft steht, den verursachten Schaden möglichst gut machen. Mag dieser Rechtsgrundatz auch manchmal eine Härte in sich schließen, so entbietet er doch den Forderungen einer ausgleichenden Gerechtigkeit. Obgleich es seinem vernünftigen Menschen einfällt, an der theoretischen Berechnung dieser Bestimmung zu zweifeln, mag es auch mit der praktischen Durchführbarkeit manchmal kapern, so tauchen doch neuerdings Bestrebungen auf, die darauf hinauslaufen, diese Gesetzesvorrichten in Bezug auf eine bestimmte Bevölkerung aufzuhalten. Zu § 839 des B. G.-B. lesen wir, daß ein Beamter, der vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegenden Amtspflichten verletzt, den daraus entstandenen Schaden dem Verlebten zu erschaffen hat und daß er für den herbeigeführten Vermögensnachteil auf zivilrechtlichem Wege bestehen gemacht werden kann. Anstatt daß man nun, dem alten Sache entsprechend: „Was dem einen recht ist, das ist dem anderen billig“, die Haftpflicht allgemein durchführen sollte, bemüht man sich, die Herren Beamten, die ohnehin Vorrechte genug haben, von dieser Haftpflicht zu entbinden. In einem Artikel, der durch die gesamte bürgerliche Presse geht, wird diese Forderung begründet.

„Die Haftpflicht der Beamten“, so heißt es dort, „ist nicht nur insofern ein höchst unerfreulicher Zustand, als er eine übertriebene Ungerechtigkeit der Beamten in der Erledigung der Dienstgeschäfte erzeugt und die oft beklagten Auswüchse des Bürokratismus begünstigt, sondern auch den Geschädigten selbst ist nur selten damit gedient. Gelingt dem Beamten der Nachweis, daß die schädigende Handlung und Unterlassung auf Leberbürdung oder auf einem anderen, keine dienstliche Leistungsfähigkeit befristenden Umstand beruht, so hat er weder vorsätzlich noch fahrlässig im Sinne des Gesetzes gehandelt.“

Hinterfragt, eine merkwürdige Begründung! Bei die Beamten so schwer zu fassen sind, da sie sich gewöhnlich hinter der Leberbürdung mit Arbeit oder einer sonstigen Ausrede verbirken, so will man sie einfach von der Haftpflicht befreien? Seit wann ist es denn Mode geworden, daß man den Verursacher eines Schadens ruhig laufen läßt, weil er sein Verhältnis bestreitet und allerlei Entschuldigungsgründe vorschüttet? Wenn ein Drahtenschnüßer ein Kind verletzt, so wird er bestrohlt und Strafenhaftig gemacht und mag er sich noch so sehr auf keine Arbeitsüberbürdung berufen, wenn ein Unternehmer ein mangelhaftes Gerät baut, so daß Schaden entsteht, so muß er den Schaden erziehen, wenn ein Arbeiter, der eine Maschine zu bedienen hat, nicht aufrecht und dadurch Schaden anrichtet, er wird unweigerlich ver-

donnert — wenn aber ein Beamter etwas verbunnielt so stehen ihm alle möglichen Entschuldigungsgründe zur Verfügung. Merkwürdig, höchst merkwürdig!

Ebenso hinsäßig ist die fernere Begründung, es heißt nämlich: „Doch auch wenn eine rechtskräftige Verurteilung des Beamten erzielt wird, ist der Erfolg in der Regel recht unsicherhaft, denn die meisten Beamten sind vermögenlos und die Beschlagsnahme des Dienstes ist gesetzlich beschränkt. So kann es vorkommen, daß der Geschädigte auch dann, wenn er ein obsiegendes Urteil erzielen sollte, nicht nur die eingestellte Forderung nicht einzutreiben vermag, sondern sogar noch beträchtliche Prozeßkosten zu tragen hat.“

Dies gilt bei jedem Entschuldigungsanspruch, der sich gegen einen Unbemittelten richtet und befagt deshalb in dem vorliegenden Falle gar nichts. Höchstens kann man daraus eine Verpflichtung des Staates oder der Gemeinde, in deren Diensten der betreffende Beamte steht, herleiten. Hier muß eine solidarische Haftpflicht der Beamten und ihrer Arbeitgeber eingeführt resp. gefordert werden, damit der Geschädigte an seinem Rechte kommt.

Der Artikelsschreiber gelangt zu Schluß seiner Ausführungen zu folgendem Ergebnis: „Der gegenwärtige Rechtszustand, soweit er die Haftbarkeit der Beamten betrifft, ist in hohem Grade falsch darin, daß das Publikum, das einen Beamten in Anspruch nimmt (oder mit einem Beamten in ungewollte Berührung kommt“ fügen wir hinzu), ist auf den von der betreffenden Behörde für den Dienst bestellten Beamten angewiesen, ohne jede Rücksicht darauf, ob etwa der Beamte überburdet ist, oder sich vielleicht in einem Zustande befindet, der seine Verantwortlichkeit ausschließt, oder ob seine Vermögenslage eine solche ist, daß er im Falle einer schuldhaften Handlung mit Erfolg belangt werden kann. Hieraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß nicht der Beamte, sondern die Verwaltung, in deren Dienst er arbeitet, die allein für die Auswahl und dienstliche Ausbildung des Personals in Frage kommt, die auch eine die öffentlichen Interessen schädigende Leberbürdung der einzelnen Kräfte herbeiführen und verhindern kann, für allen von den Beamten verursachten Schaden zu haften hat. Ihr bleibt es dann überlassen, den ständigen Beamten gegenüber disziplinarisch vorzugehen oder ihn hinterher für den von den Beamten erzielten Schaden rechenschaftig zu machen, wie es schon jetzt bei solchen von den Beamten vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführten Vermögensschädigungen geschieht, für die von Amts wegen Entschädigung zu leisten ist.“

Wir müssen uns auf das allerentchiedenste gegen eine solche Veränderung des Rechtsbodens wenden. Zunächst verlangen wir, daß der Beamte für sein Tun und lassen ebenso gut persönlich haftbar gemacht wird, wie jeder andere Staatsbürger es auch und wir lehnen es endgültig ab, daß man ihnen in dieser Beziehung Vorrechte einträumt. Sodann protestieren wir dagegen, daß man den durch die Mißgriffe der Beamten entstandenen Schaden noch aus unseren eigenen Steuern zu decken suchen will. Das wäre ja noch schöner, daß den Herren Beamten ein Freibrief ausgestellt wird, damit sie ohne Furcht vor der Haftpflicht davon loswerden könnten.

Wir sind der gegenteiligen Ansicht und meinen, daß die Haftpflicht der Beamten gar nicht soviel genug durchgeführt werden kann. Natürlich denken wir hierbei nicht an jedes beliebige Versehen und an eine harmlose Untermal, sondern uns schweben die zahlreichen Mißgriffe vor Augen, die täglich von hohen und niederen Beamten im Kampfe gegen das um eine bessere Existenz kämpfende Proletariat begangen werden. Wer die Arbeiterbewegung verfolgt, der wird genug Gelegenheit haben, solche Mißgriffe zu beobachten, die den überzeugigen, schneidigen und freiberischen Beamten als Mittel dienen, ihren bru-

talen Instinkten zu frönen und sich gleichzeitig nach oben hin beliebt zu machen.

Immer deutlicher tritt ja das Bestreben der Beamten hervor, den Arbeitern den berechtigten Emanzipationskampf zu erschweren, trotzdem sie auch aus den Steuern der Arbeiter bezahlt werden. Der Mangel an Neutralität, den die Beamten in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen an den Tag legen, wird immer auffälliger und hat sogar dazu geführt, daß unparteiische bürgerliche Blätter dagegen Front machen, indem sie folgendes schreiben: „Von unseren Behörden kann und muß man verlangen, daß sie sich bei Lohnkämpfen neutral verhalten und nicht zugunsten einer der streitenden Parteien eingreifen. Es steht jedoch fest, daß manche Behörden während eines Streiks so energisch zugunsten der Unternehmer eingegriffen haben, als ob es sich um ein durchaus unberechtigtes siviles Vorgehen der Arbeiter handelte. Die Behörden haben nicht die Aufgabe, zu untersuchen, wer von beiden Parteien Recht hat, sie haben vielmehr dafür zu sorgen, daß Licht und Schatten gleich verteilt sind. Das tun sie aber nicht, sondern sie ergreifen fast ausnahmslos die Partei der Unternehmer.“

Davon wissen die organisierten Arbeiter ein Liedchen zu singen und nicht nur während eines Streiks, sondern das ganze Jahr hindurch. Beispiele erläutern, erhebt hier wirklich übersichtlich; die Sperrlinge pflegen die Mißgriffe von den Tätern. Bei einer solchen Sachlage halten wir es für eine wichtige Aufgabe der Rechtsplege, daß Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten zu stärken und ihnen eine unparteiische Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen einzupausen. Und hierzu ist das beste Mittel daß sie die Folgen ihrer Mißgriffe am eigenen Geldbeutel spüren.

Sie spielen sich so gern als die Hüter des Gesetzes und die Vollstrecker der Gesetze auf, sie verlangen von den Arbeitern, daß sie die Fuchsschallen und Füchse aus dem Strafgeebniss mit der Sicherheit eines Eiertänzers vermeiden, sie selbst aber glauben berichtet zu sein, sich den Teufel darum zu kümmern. Und darum wiederholen wir es noch einmal: Die Beamten sollen nicht von der Haftpflicht befreit werden; im Gegenteil, sie sollen durch eine Verschärfung der Haftpflicht gezwungen werden, sich in den Schranken ihrer Beschränkungen zu halten und mit diejenige Neutralität angewöhnen, die wir als Staatsbürger und Steuerzahler von ihnen verlangen können.

## Die Nähe der Sonderbündler in Magdeburg

Kurz vor der Reichstagswahl wurde in Magdeburg eine Broschüre: „Ratschrei eines Bäckereiarbeiters, die Zustände in der Konsumbäckerei und der Terrorismus des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer!“ in 60 000 Exemplaren verbreitet. Als Verleger zeichnete einer der aus der Konsumbäckerei entlassenen Sonderbündler, Wilhelm Kaiser. Nach seinen eigenen Angaben hat er aber die Broschüre nicht geschrieben, sondern Leonhardt, der Führer der entlassenen Organisationsversplitterter, der seinen Freunden vorpiegelt, eine Gewerkschaftsbäckerei zu gründen; als er aber ihre Hilfe nicht mehr brauchte, betrieb er das Geschäft allein und die übrigen hatten das Nachsehen. Gedruckt ist das Machwerk dort, wo die „Kirche“, welche in der Bekämpfung der freien Gewerkschaften und des Konsumvereins Großartiges leistet, ihre Druckarbeiten herstellen lassen. Die Kosten hat der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie getragen und hat auch der Vorjährende dieses Vereins als Schergutschter fungiert. Denn Kaiser hat angegeben, der Eisenbahnamt habe die Broschüre vorher gelesen. Das ist aber nur ein Eisenbahnamt war, davon hat natürlich ein Kaiser keine Ahnung. Lebrigens erklärte Kaiser: Er braucht nun nicht mehr zu arbeiten, denn für ihn sei gezeigt und soll er als Strohmann des „Reichsverbandes“ bis zur Wahl 800,- erhalten haben. Wir befürchten, daß nach der Wahl der obligate Rücktritt nicht ausgeblieben ist. Wenn solche Leute auch gerne zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gebraucht werden, so werden sie aber nachdem sie ihre Schädigkeit getan haben, schnellstens wie ein ekelhaftes Gewürm auch von den Reaktionären abe-

schüttelt. Der „Rotschrei“ des braven Kaiser nimmt seinen Ausgangspunkt von einer fürstlich geschriebenen Brüderlichkeit des Arbeiterschefs Wöhlinger, in der recht unangemessene Geschichten über Magdeburger Bäckereien geschildert werden. Der Verfasser der Siedelschreibe hat dagegen nichts zu sagen, aber er behauptet, in der Bäckerei des Konsumvereins gebe es gerade so zu und er wolle eine „nationale Tat“, ein „Werke der Rächtsensiebung“ tun, indem er mit bestechender Fälsel in die dunklen Ecken einer Mühwirtschaft hineinluecke, wie sie öfter nicht gedacht werden könne. Dann führt der Patron fort: „Infrage der vierjährigen Freiheit müsste ich über alle diese Dinge schweigen, hing doch das Damofleßschwert der Entlassung über meinem Haupt. Hunger tut weh und er war es nur, der es mich trübselig dulden ließ, wie man mit Leben und Gesundheit laufender von braven, lebenslustigen Arbeitern und Bürgerfamilien spielt. Heute ist der Bau gebrochen, heute fühle ich mich wirklich frei und heute will und muß ich reden.“

Hier haben wir diesen Bärchen gleich bei einer sichtbaren Luge erkannt. Die Arbeitsordnung des Konsumvereins Neustadt enthält die Bestimmung: Wer Unzufriedenheit im Betriebe kennt und macht keine Mitteilung davon, hat Entlassung zu gewartigen! Damit nicht genug; die Verwaltung hält von Zeit zu Zeit Sitzungen mit dem Ausschus der Bäckereiarbeiter ab zu dem Zweck, alle Mißstände, alle Unzufriedenheiten, die sich herausstellen, kennen zu lernen. Hier sollen und dürfen die Bäcker alles sagen, was ihnen bekannt wird, niemals ist jemand entlassen worden, weil er Fragen vorgebracht hat. Wie weit die Freiheit der Meinungsäußerung im Betriebe geht, dafür ein Beispiel: Vor einiger Zeit trat ein neuer Bäckmeister ein, der ein strenges Regiment führte und vor allem die peinliche Sauberkeit verlangt. Das gefiel einigen der Freunde des Kaisers nicht, weshalb in einer Auskunftsfrage von einem Bäcker erklärt wurde: „Man der Bäckmeister fühlt sich nicht ändert, droht er sich nicht zu wenden, wenn er die Bäckerei an den Kopf bekommt.“ Der Mann wurde über nicht entlassen. Kaiser, der Verfasser der Broschüre, ist allerdings entlassen worden, aber nicht, weil er Bäckern vorwirkt, sondern weil er sich als Schauspieler erwies.

Nun werden in der Konsumbäckerei, welche 8 bis 10 Jahre zurückliegen, völlig entstellt herzugesetzt, um angebliche Mißstände begründen zu können. Die Verwaltung soll in Beziehung übergegangene Milch verarbeitet haben. In einer Auskunftsfrage hat der Bäcker Leonhardt das behauptet. Erfragt man? erwiderte er: Durch die jetzige Verhältnisse nicht, im übrigen ist die Sache sehr übertrieben. Man hatte einmal in früherer Zeit Abrechnungen verdeckt, die vielleicht nicht immer ehrlich, wie es sich gehört. Man gab das dann wieder auf, seitdem wird mir gute Milch verarbeitet.

Ein Bäcker, soll sich am Rottich die Fingerabzeile geschaut haben, in daß abgekippten Zeile auf den Rottich steht. Der Zoll ist tatsächlich vor 6 oder 7 Jahren weggekommen, der Rest, der es machte, war — Kaiser.

So steht es mit den Angaben über die angeblich in der Konsumbäckerei vorgenommenen Mißstände und Schänden. Alles, was darüber mitgeteilt wird, ist übertrieben, teilweise erlogen. Meines Wissens steht nichts dazu, was einen Arbeiter zu Ruh und Diensten ist keine Ahnung hat.

Dann wird des Larmen und Breiten nochmals die Entlassung der 22 Sonderländer geflüstert, woran wir nicht eingehen brauchen, da die Angelegenheit genugend im Dunkeln erörtert ist.

Eigentlich wird das schmückende Pamphlet viel dazu mit beigetragen haben, daß der Schuhmeister Kobelt der Stadt Magdeburg im Strafzettel vertritt. Aber die organisierte Arbeiterschaft, wozu ein Teil auch der Meisterkunst gehört, den Sonderländern bei Untergang gefolgt ist, wird mit der Sache: „Wo sind die Nazis?“ „Wo sind Ihr Arbeitgeber?“ verhangen.

Wenn vor Jahren, als verdeckt werden sollte, die Magdeburger Konsumbäckerei zu organisieren, einer dieser Zeite angeklagt wurde, dem Verdeckten beizutreten, dann kam es: „Sag auf, daß ich Dich nicht die Hände hochheben lasse!“ So man hat sich nicht gescheut, einige der Verbandsmitglieder zu schlagen. Im Jahre 1899 war, anlässlich des Frankfurter Bäckerstreiks, eine Sammelrede im Betriebe ausgesetzt. Diese wurde von den Frankfurtern durch die Polizeiabschreibe ergreift und erst während der Strafverhandlung, wo Dr. Hirsch gegen eine Polizeiabreise in dieser Sache Zeugnis einzog, bestimmt, daß die Sammelrede wieder zu lesen. Wenn nun solche Reden getragen sein sollen, so ist dies zu verurteilen, aber auch zu verstehen, denn was bezüglich in gründlichen, baulichen Verhältnissen über die Organisation von beiden Seiten geschehen wurde, geht auf seine Substanz. Weiter heißt es in der Broschüre: „Selbst Qualität unserer Bäckerei kann nicht besser herausgestellt werden, damit auch vor Gericht die Haltbarkeit unserer Brotproduktionen nachgewiesen werden kann.“

Zu dem „Zerrüttungszeit“ schreibt der „Bäcker“:

„Seit der brüderlichen Seite wurden wir vor 6 oder 7 Jahren terrorisiert, warum? weil wir nicht wußten, dem sozialdemokratischen Verband“ beitreten wollten, bestimmt wir die Bäckerei, wir werden uns mit der Sache: „Wo sind die Nazis?“ „Wo sind Ihr Arbeitgeber?“ verhangen.“

Wen vor Jahren, als verdeckt werden sollte, die Magdeburger Konsumbäckerei zu organisieren, einer dieser Zeite angeklagt wurde, dem Verdeckten beizutreten, dann kam es: „Sag auf, daß ich Dich nicht die Hände hochheben lasse!“ So man hat sich nicht gescheut, einige der Verbandsmitglieder zu schlagen. Im Jahre 1899 war, anlässlich des Frankfurter Bäckerstreiks, eine Sammelrede im Betriebe ausgesetzt. Diese wurde von den Frankfurtern durch die Polizeiabschreibe ergreift und erst während der Strafverhandlung, wo Dr. Hirsch gegen eine Polizeiabreise in dieser Sache Zeugnis einzog, bestimmt, daß die Sammelrede wieder zu lesen. Wenn nun solche Reden getragen sein sollen, so ist dies zu verurteilen, aber auch zu verstehen, denn was bezüglich in gründlichen, baulichen Verhältnissen über die Organisation von beiden Seiten geschehen wurde, geht auf seine Substanz. Weiter heißt es in der Broschüre: „Selbst Qualität unserer Bäckerei kann nicht besser herausgestellt werden, damit auch vor Gericht die Haltbarkeit unserer Brotproduktionen nachgewiesen werden kann.“

Der Zoll liegt seit dem Jahre 1899 zurück und fällt gerade in die Zeit der längsten Feindschaft gegen den Verband und verschoben gegen den Kollegen Herren. Alles mögliche botte man dem jungen Bäcker aus, ihm zur Ausbildung zu verhindern, aber es sollte nicht gelingen. In dieser Zeit wurde Herren von einem Mitgliede des Frankfurter Arbeiterschefs ergriffen. Kaiser verdeckte bei Gericht, Herren habe Unterschuss aus der Konsumbäckerei entnommen. Bei Zeugnisaufnahme des Kaisers, erklärte dieser: er habe es vom Bäcker Herren erfuhr. Damals wurde Schrift und Unterschrift des Kollegens Herren, in einer Sitzung der Konsumbäckerei verdeckt und hier erläutert: er habe die Zeugnisaufnahme nicht getan! Damals erklärte Herren gegen Jahr die Zeugnisaufnahme an und in der Strafverhandlung sollte sich ein Konsumbäckereidirektor, der im Verband stand, die Zeugnisaufnahme nach der Sitzung gezeigt zu haben, ihm nicht bekräfftigt: „Er habe gesagt, daß Herren die Zeugnisaufnahme nicht gemacht habe.“ Zumal des Bäckermeisters, das auf den Hof zurückkehrte er „seiner“ Herren habe einen Konsumbäcker überredet, um sich bei dem Verstand zu halten, was der Zoll gegen“ Tatsatz wurde die Siege des Herren zurückgeworfen.

Durch das betreffende Fenster zu sehen, wer auf dem Hof ging, war unmöglich oder man mußte auf einen hohen Gegenstand steigen und den Kopf durchs Fenster stecken. Im übrigen hat Herren damals gar keinen schwarzen Kleberzieher getragen. Auch die Leute im Leonhardt und Kaiser haben genau gewußt, was an der Sache war und in den schärfsten Auseinandersetzungen, die gespielt waren, ist niemals dieser Fall erwähnt worden, trotzdem mit persönlichen Liebeswürdigkeiten von der Seite nicht sparsam umgegangen wurde. Die Bemalung des Konsumvereins hätte auch sicherlich fürzen Prozeß gemacht und den Kollegen Herren, der damals nicht besonders gut bei der Verwaltung angeliehen stand, entlassen, wenn sie nicht der Meinung war, daß an der Sache nichts sei. Jetzt wird die Angelegenheit von diesen Musterhaften Kaiser und Konsorten herdargeholt, um im Interesse des „Reichsverbandes“ Verwendung zu finden.

Weiter geht Kaiser auf die Schlägerei zwischen ihm und dem früheren Passierer der Mitgliedschaft Magdeburg ein. Es ist damals von Seiten des Verbandes verurteilt, daß Engel sich an einem Kaiser vergreifen könnte. Über durch die höflichen Anmerkungen des Kaiser, der darum Großartiges leistet, konnte ein noch so ruhiger Mensch unter Fassung geraten. Welche traurige Rolle Kaiser aber bei der Gerichtsverhandlung in dieser Angelegenheit gespielt hat, davon erkennt der „jondere“ Herr kein Wort. Alle erfundenen und erlogen Schandtaten wollte er dem Bäckerverbände anhängen, so daß ihn sogar der Vorsitzende ernstlich ermahnte, solche Sachen fern zu lassen.

erner heißt es: „Nicht unerwähnt soll es bleiben, daß der Leipziger Gauleiter den Vorstand verentlast hat, eine Rantung über angeblich geleistete Ausfälle in Höhe von 86 M. zu räischen, um Belege zu haben für die Gedankengabe anlaßlich des Berliner Bäckerstreiks.“ Es gehörte eine große Portion Freiheit dazu, in solcher Weise von einer Rantung zu sprechen, zumal der damalige Vorsitzende, der Verfasser der Siedelschreibe, Leonhardt, an der betreffenden Rantung teilgenommen hat und vollständig damit einverstanden war. Das ganze Geld war ausgegeben für Verpflegung der zugereisten Kollegen, wofür Belege vorhanden waren. Man könnte sich aber, es in die Offenheit gelangen zu lassen, daß für den Zweck so viel Geld ausgegeben war, deshalb sollten 86 M. als Ausgabe für eine Ausfallsumme gebucht werden. Im übrigen hat Kollege Herren davon gewusst, wurde aber leider von Leonhardt ihm überstimmt.

Es in der Broschüre, in der ungünstigste Weise über die Unterstützungsfrage des Zentralverbandes deutscher Kaufmänner, der bestreitet, die Konsumbäcker „gezögert“ werden sollten, berichtet wird, beweist, daß der „Verfasser“ weiß, wie Arbeiterversetzung geübt wird, aber davon, was einem Arbeiter zu Ruh und Diensten ist, keine Ahnung hat.

Dann wird des Larmen und Breiten nochmals die Entlassung der 22 Sonderländer geflüstert, woran wir nicht eingehen brauchen, da die Angelegenheit genugend im Dunkeln erörtert ist.

Eigentlich wird das schmückende Pamphlet viel dazu mit beigetragen haben, daß der Schuhmeister Kobelt der Stadt Magdeburg im Strafzettel vertritt. Aber die organisierte Arbeiterschaft, wozu ein Teil auch der Meisterkunst gehört, den Sonderländern bei Untergang gefolgt ist, wird mit der Sache: „Wo sind die Nazis?“ „Wo sind Ihr Arbeitgeber?“ verhangen.

Im Rahmen des Larmen und Breiten nochmals die Entlassung der 22 Sonderländer geflüstert, woran wir nicht eingehen brauchen, da die Angelegenheit genugend im Dunkeln erörtert ist.

Eigentlich wird das schmückende Pamphlet viel dazu mit beigetragen haben, daß der Schuhmeister Kobelt der Stadt Magdeburg im Strafzettel vertritt. Aber die organisierte Arbeiterschaft, wozu ein Teil auch der Meisterkunst gehört, den Sonderländern bei Untergang gefolgt ist, wird mit der Sache: „Wo sind die Nazis?“ „Wo sind Ihr Arbeitgeber?“ verhangen.

Die Arbeitgeberzeitung“ spricht und die Zusammenfassung in der Frankfurter Zeitungssprecher erläutert, nämlich folgendes:

„Die

Bäcker zu dem am den 10. März stattfindenden Verbandszuge. Es wird bestrebt bestrebt, wenn die Bäckerzeitung“ diesen frühen Termin damit zu begründen sucht, daß der Verbandszug, wenn er erst später, etwa nach Ostern, eingesetzt würde, mittwoch in die Lohnbewegungen hineinfallen würde. Denn das steht zum Anfang des Gewerkschaftsjahres eigentlich fest, daß die Bäcker im Jahre 1907 nicht weniger, sondern mehr Lohnkämpfe zu verzeichnen haben werden. Zu übrigem ist es wahrscheinlich, daß gerade auf diesem Gebiet der Hauptsitz der roten Gewerkschaft gegen die christlichen Verbände ein besonders heftig ist. Es sind seine Schmeicheler, die das sozialdemokratische Organ der Christen zu sagen weiß! Zu wie unchristlichen Gewalttaten der Streikparteiensitz verführt, das lese ein aus Chicago eingehender Bericht. Hier haben sich unrechte Gewalttaten in die Gewalttaten eingetragen und die von Arbeitsschülern zu verarbeitenden Zeugnisse mit ehrlichen Stimmen gestimmt. Das ist ein, daß handelnde anhaltende Menschen aus Leben bringen konnten, welche glücklicherweise rechtzeitig entdeckt, und es gelang, einige der Verbrecher zu verhüten. Im Kampf gegen die verbotenen Streikbrecher ist eben jedes Mittel recht.“

Das unsere Arbeitgeber es nicht ausnehmen in den

Ohrn klingt, wenn sie von bevorstehenden Lohnbewegungen hören, daß glauben wir und nehmen ihnen deshalb auch ihren Verger darüber gar nicht nobel. Und daß man derartige „Streikgruppen“ wie oben geschildert, ziemlich weit herhol, ist ein alter demagogischer Schaff der Einflusslos des Proletariats; sie wissen, wenn wir den Fall untersucht haben und nachweisen können, daß dieses Preßgut wieder mal geschwindelt hat, dann haben diese Lügen schon ihre Wirkungen auf die spießbürgerschen Blätter ausgeübt.

Als Neumünster. Den richtigen Herrenstandpunkt scheint hier die Inhaberin der Brothfabrik der Sienna Krebs u. Söhne einzunehmen. Nachdem 2 Kollegen dort aufhörten wegen Ver schlechterung der Arbeitsbedingungen, gibt sie den beiden Kollegen, die an deren Stelle angefangen haben, anstatt 21 und 22 M. nur 18 und 20 M. Als Kollege Bagels wegen des Lohnes vorstellig wurde, in er sofort entlassen worden, mit der Bemerkung: Er braucht nicht als seiner Herr zu leben! Beide Kollegen, Bagels und Göth, sind organisiert.

Ein Blick in die Bäckereiverhältnisse der Niederräuber. Eine Musterbäckerei ist die Bäckerei von Max G. Bei Eintritt in diese Bäckerei kommt einem schon der Schnupf entgegen. Die Semmel- und Brötchentücher sind seit 2—3 Jahren nicht gewaschen. Die Mäuse laufen auch bei Unwesenheit auf den Beuten herum. Auch an Heimkonzert fehlt es nicht. Die Schlaflampe ist auf dem Weißboden, wo man kann durchgehen kann und die Bettlen werden zweimal die Woche gemacht. Auch der Bäckermeister steht nicht, vor kurzem ist ihm der Lehrlingsausbildner zu sein; vor kurzem ist ihm der Lehrling davongelaufen, um vielleicht den Drangsalierungen ein Ende zu bereiten. Betroffener Lehrling hatte es schon versucht, sich zu erhängen, wurde aber durch einen Brieftaiger verhindert. Der Lehrling stammt aus einer Pausenanstalt.

Am 22. Januar stand zum zweiten Male die Gelehrtenauswahl statt und siegten die vom Verband aufgestellten Kandidaten mit 54 Stimmen über die Brüderchaft, die nur 38 Stimmen erhielt. Unsere gewählten Kollegen Wöhrel, Brehm, Lind, Stephan und Halbors geben uns die Garantie, daß sie nicht Meisterinteressen, sondern die Interessen der Gehulden vertreten. Die meistertreue Brüderchaft wird nun begreifen lernen, daß die Gesellen weit von ihr abrücken. Am 9. Januar wurde bereits die Wahl vorgenommen, damals erhielt der Verband 53, die Brüderchaft 39 Stimmen. Die Wahl wurde jedoch für ungültig erklärt, weil die Meistertreuen nach ihrer Niederlage die Behauptung aufstellten, daß Nichtwählberechtigte sich an der Abstimmung beteiligt hätten. Und wenn der Verkäuferstaat h. Dreisig in der „gelben Leinwand“ das wiederholt bestätigt, so erbringen wir den Beweis, daß es unwahr ist. Die Schlägerei wurde nicht von den Verbänden, sondern von der Brüderchaft ausgenutzt aus Nutzen, weil sie glänzend durchfiel; das ist die Wahrheit. Für uns bedeutet der Sieg in Gassel die Willenskundgebung der Gehulden, daß sie mit der Vereinsspieler der meistertreuen Brüderchaft unter keinen Umständen einverstanden sind. Nur 38 wohlberechtigte Kollegen versuchten darauf hinzuwirken, daß den Unternehmern das unmissbrauchte Ausbeutungsrecht garantiert werden sollte und die Gehulden weiter im Dienst dienen sollten. Hinter den 38 Meistertreuen steht aber kein Dutzend Richterabberedigter, die ihren Gefolgschaft leisten. Das Rechenteispiel ist sehr einfach, ein Sohn des Gehulden bildet in ihrer Unwissenheit den Schnupf der Führung, während fünf Geschöpfe mit aller Macht gegen die zünftlerischen Ausbeutungsbestrebungen rütteln und ihre ganze Kraft einsetzen, für die Allgemeinheit das beste zu erkämpfen. Der neu gewählte Gelehrtenausschuß wird auch zeigen, daß er das ihm gesuchte Vertrauen würdigen wird sowie bemüht ist, Ver schlechterungen abzuwehren und Verbesserungen durchzuführen. Dazu ist ein Hand in Hand arbeiten mit der Organisation unbedingt notwendig und der Zusammensetzung aller freiheitlich gesinnten Gehulden in dem Verband die erste und heiligste Pflicht. Kollegen von Gassel! Voraus ist immer, ruhmvoll immer!

Der Beitritt zum Arbeitgeber-Schutzverband für das Bäckergewerbe wird den Bäckermeistern nochmals von der „Güntherischen Bäckerzeitung“ warm empfohlen. Sie schreibt: „Welche Bedeutung der Schutzverband für die Meisterhaft hat, geht wohl am besten aus der Allmählichen Gelehrten-Zeitung hervor. Dieselbe schreibt in ihrer Nummer 48 u. d. folgendes:

„In letzter Periode ausgedehnter Lohnkämpfe kann aber auch unseres Erachtens auf dem nächsten Verbandszuge nicht darauf gedacht werden, daß Unterstützungswahlen der Organisation wesentlich auszudehnen, und wenn daran nicht gedacht wird, ist auch an keine Heitrogserhöhung zu denken, sondern der nächste Verbandszuge wird sich ein gehend mit dem inneren Ausbau der Organisation, mit der Ausgestaltung planmäßiger Agitation und in der Hauptzüge mit den bevorstehenden Lohnkämpfen befassen müssen. Daß diese nicht immer so glatt ablaufen werden, wie in den letzten Jahren geschehen, das dürfte für jeden klar sein, der Augen und Ohren offen hat und sieht und hört, wie unsere Arbeitgeber in ihrem Arbeitgeber-Schutzverband alles daraus machen und die größten Anstrengungen machen, um denjenigen zu stärken und nach allen Richtungen auszubauen. Und dieses geschieht in der Absicht, wie man dort sagt, um sich vor schweren Schäden bei Streiks und Boykotts zu schützen, in Wirklichkeit aber aus dem Grunde, um unser Vorwärtsdringen unmöglich zu machen und uns bei Kämpfen in größeren Städten so empfindliche Schläppen beibringen zu wollen, daß wir in Jahrzehnten nicht mehr uns Streiken denken“, wie der gesellige Ausdruck von Berliner Innungsgrößen lautete. Daneben laufen in jenen Kreisen schon neben den Beschränkungsvorwürfen der Arbeiterschaft im Bäckergewerbe, wie sie von den von Januswachern offen unterstützt und großgepöppelten Gehulden unternommen werden, Berichte, Auskünfte, Verhandlungen der organisierten Kollegen plausibel zu organisieren, um dadurch unsere Organisation lehnszulagen und ihr das weitere Vorwärtsdringen durch große finanzielle Schädigungen unmöglich zu machen usw.“

Hieraus ist doch klar ersichtlich, was wir zu erwarten haben, und daß es eisern notwendig ist, sich fest zusammenzuschließen, und daß alle dem „Allgemeinen Deutschen Arbeitgeber-Schutzverband“ für das Bäckergewerbe“ beitreten. Dieser Verband ist nur imstande, bei immer wiederkehrenden Lohnbewegungen die Kollegen zu unterstützen und eingeraten zu entkräften und, was beson-

ders wichtig ist, zusammenzuhalten und ein einheitliches Handeln zu gewährleisten. Wir hoffen, daß nunmehr kein Kollege zurückbleibt."

Die Kollegen ersehen hieraus, daß die Innungen alles versuchen, die Wädermeister zu veranlassen, dem berüchtigten „Arbeitgeber-Schutzverband“ beizutreten. Demgegenüber fordern wir unsere Mitglieder auf, in der Agitation für den Verband ihre Pflicht zu tun und besonders bei der Haussagitation ihre ganze Kraft einzusetzen, damit bei den bevorstehenden Lohnkämpfen unsere Organisation eine solche Stärke erreicht, daß wir den Innungsmeistern, trotz des „Arbeitgeber-Schutzverbandes“ eine Musik zum Tanz liefern können, die ihnen noch nach Jahren in Ohren gelte.

In der „Güntherischen Bäderzeitung“ besitzt sich ein Herr S. mit der neuen Bädereiverordnung und macht seinem gepreisten Herzen in folgenden Worten Lust:

"Die Geister, die er rief . . . In seinem Buche "Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien" hat August Bebel im Jahre 1890 nach den Geistern gerufen, welche die Bäckereiverordnung vom 25. Oktober 1906 dem Bäcker-

„Die Geister, die er rief . . . In seinem Buche „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ hat August Bebel im Jahre 1890 nach den Geistern gerufen, welche die Bäckereiverordnung vom 25. Oktober 1906 dem Bäckerstande gebracht hat. Aber nicht Bebels Ruf hat das vollbracht, sondern die fortschreitende Zeit mit ihren wachsenden Ansprüchen an die Kultur, an alles, was schöner ist, als es vor Zeiten war. Der Staat geht selbst voran und jetzt z. B. an die Stelle der kleinen Nachhäuschen von anno dazumal, in denen noch Raum blieb für Händler und Handwerker, große Brachtbauten. Auch für Frau Justitia schafft er würdige Wohnräume. Sogar die Zuchthäuser und Gesängnisse sind keine den Atem beengende Stätten mehr. Ein anderer Verbrecher, der ins Zuchthaus kommt, hat vorher noch keine so saubere, menschenwürdige Stube bewohnt. Überall ist das Bestreben erkennbar, die Stätten, die der Mensch betritt, zu bereichern und der menschlichen Gesundheit zuträglich zu machen. Das Menschenleben soll verlängert werden, der Menschenkörper gesund erhalten werden. Wer möchte gegen dieses hohe Streben anlämpfen? Nun hat es tatsächlich Bäckereien gegeben, die zu menschlich billig ließen. An ihrer Erbauung sind die Bäcker ja durchweg unschuldig gewesen. Selbst wenn der Meisterbesitzer des Bäckerhauses ist, hat er es meist als solches richtig angefaßt. Selten kommt der Bäcker ein Grundstück und baut erst die Bäckerei hinein. Spekulatieve Hauswirte, auch Bauunternehmer, bemühen aber gern Kellerräume, die ihnen sonst wenig eingebracht hätten, zur Einrichtung einer Bäckerei. Mieter oder Bäcker fanden sie ja. Man undert sich, daß der Bau auf zu kleinen Flächen gestattet wurde! Nun, Geschehenes ist geschehen. Jetzt kommt das schlechz und hebt manches beschauliche Dasein unbarmherzig

Der Luftraum, der vorhanden ist, spricht das erste  
Ort in der Frage „Sein oder Nichtsein“. Der Raum  
wird genau berechnet für die Zahl der Arbeiter. Ist er  
zureichend besunden, z. B. für vier Arbeiter, kann der  
Arbeiter vier Gesellen halten. Er selbst zählt nicht mit.  
Aber auch bei genügend großem Luftraum kann die Be-  
werde die Bäckerei beanspruchen, wenn die Bäckereiräume  
tief liegen, wenn sie keine großen Fenster haben oder  
wenn die Fenster an der Rückenseite nicht ein tiefer, meter-  
hoher Lufschacht umgibt! In vielen Anlagen lädt sich  
aber jeder Mangel beseitigen, viele werden aber auch  
ihren Betrieb zu leben sein. Das wäre ja im Interesse  
Gesamtheit nicht zu bedauern, denn die Konkurrenz ist  
so klein und viele Kollegen kommen so wie so auf keinen  
Zweig, aber wem es just passiert, daß er seine  
Existenz aufzugeben muß, dem brichts das Herz entzwei.

Mancher Meister, der so eine Art Vogelfängig als Bäckere besitzt, schränkt schon den Betrieb ein und hält allein weiter. Auf diese Weise entstehen die „ganz kleinen Handwerker“. Es lässt sich aber nicht ankämpfen, die Beworbringung besteht zu recht und wenn sie auch Golgenfristen gibt, zehn Jahren dürfte die letzte abgelaufen sein. Es ist von vorgeschlagen worden, man sollte Innungsbäckereien haben. Also die Innung macht große Backöfenanlagen und liefert an ihre Mitglieder die Backwaren. Das erinnert an ein Wunder. Der Handwerker will Lieferant sein, aber nicht Händler. Derartige Großbetriebe würden nicht das Innungsleben aufheben. Höchstens könne dann noch von einem Verband der Innungsbäckereien die Miete gestellt werden. Es gibt andere Auswege. Wir schlugen früher schon vor, in den Verkehrsstraßen Backwarenhäuser nach Art Warenhäuser einzutun, in denen so und so viele Kunden im besonderen Abteil ihre Gebäude freiließen könnten. Man sage nicht, daß da einer verloren würde, der andere gewinnt. In der Markthalle sitzen die Fleischverkäufer, die alten Frauen usw. dicht beisammen, jede hat ihre Kundin und wird ihren Kram los. Die Backöfen könnten nun in Straßen, die etwas abseits vom großen Verkehr liegen, oder auf dem Lande sein, wo die Mieten billiger und die Räume größer sind. Für die Innung könnte

mer noch eine Aufgabe dabei absäßen, die Unterhaltung  
Transportwagen, die für jeden Teilnehmer um Bäck-  
erhanse gegen Entgelt die Waren beförderten. Heute  
ist dieses Bild noch ein wenig weit hergeholt aus, nicht  
wahr? Die Zeit wird aber lehren, daß es ganz an-  
sprechbar und der Gedanke durchführbar ist. Und an die  
Kunst müssen wir denken, wenn das deutsche Bäcker-  
gewerbe erhalten bleiben soll. Mit der Verordnung  
der Staat Geister gerufen, die wir nicht wieder los-  
sabben.“

Die fortschreitende Zeit mit ihren wachsenden Anforderungen an die Kultur hat uns die Bäckereiverordnung gebracht. Darin hat der Herr S. Recht. Aber die Bäckermeister haben sich nicht mit der Zeit fortbewegt und waren auch jetzt noch nicht aus dem Sumpfe gezogen, worin sie steckten. Mit sehr wenigen Ausnahmen haben die Künstler nur dann Neuerungen eingeführt, wenn dazu gezwungen wurden. Bebels Broschüre vom Jahre 1900 und der Kampf des Bäckerverbandes gegen die Missstände im Bäckergewerbe haben „die Geister gerüttelt“, die die Regierung veranlaßten, die Verordnung zu erlassen. Herr S. spricht aus Erfahrung, denn, wird ein Tergeselle zum Verbrecher, so wird er sicherlich im Bäckereihause eine saubere und gesündere Schlaftätte haben, wie sie ihm beim Bäckermeister zuteil wurde. Nicht es solche Bäckereien gegeben, sondern noch jetzt sind es Böcher in fast allen Städten in großer Anzahl anzutreffen. Schämen sollten sich die Bäckermeister, daß die Treibs- und Schloßräume in den Bäckereien derart sind, die Gefasse in den Buchthäusern, worin der Abschauermenschheit gespetzt wird, dagegen als golden bezeichnet werden.

I gegen die Errichtung von Zinnungsbäckereien. Er will, daß das Brot weiter in den elenden Höhlen hergestellt wird. Wir aber werden fortgesetzt an dieser Misgirtschaft die schärfste Kritik üben, und nicht der Staat, sondern wir werden „die Geister rufen“, welche die Künstler nicht wieder los werden.

Was Augustburg. Die jüngst erlassene Regierungsentschließung für die Bäckereibetriebe gab der hiesigen Bäckerinnung Anlaß, die Verordnung im Druck erscheinen zu lassen. Die Versammlung der Innung fasste jedoch den Beschuß, dieselbe nur an Mitglieder abzugeben. Warum? Um vielleicht in irgend einer Weise Nichtmitglieder der Innung in Verlegenheit zu bringen, denn wie sich die Sache in der Praxis macht, zeigt ein Fall, daß ein hiesiger Bäckereibetrieb, welcher der Innung nicht angehört, gnädigst von Seiten der Bäckerinnung eine Verordnung ausgehändigt erhielt, während einem andern eine solche strikte verweigert wurde. Ob nun Herr Danzer, der als Obermeister ein sehr selbstherrliches Regiment führt, das Recht hat, solche Konsequenzen zu begehen, überlassen wir der Beurteilung der Mitgliederversammlung der Innung. Das eine steht aber fest, daß solche Vorordnisse nicht am Platze sind und die Rückständigkeit der Bäckerinnung bezüglich ihrer Verwaltung treffend kennzeichnen. In Zukunft wäre es aber sehr angebracht, wenn Vorschriften, die von einer Behörde erlassen werden, auch von dieser Stelle an jedem Betrieb hinausgegeben werden, so daß Nichtmitglieder einer Innung, die den zweifelhaften Ruhm genießt in bezug auf fortschrittliche Anhäufung und Toleranz an letzter Stelle zu stehen, nicht den Kleinlichen Schikanen einzelner mittelalterlicher Bünftler mit kilometerlangen Böpsen ausgesetzt sind. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig!

A u s M a n n h e i m . Seit Bestehen der Bäcker-Zwangsinnung führt eine Anzahl Bäckermeister den Kampf gegen dieselbe, weil verlangt wird, daß die ehemaligen Richt-Zünftsmitglieder, auch den Steinhausen, genannt „Bäcker-Zünftshaus“ (S 6, 40) bezahlen helfen sollen. Über 100 Bäckermeister protestieren energisch gegen die Bezahlung der hierzu geforderten Beiträge. In einem vor kurzem veröffentlichten Flugblatt der Protestler ergaben sich diese in schärfsten Worten gegen die Zünftleitung, besonders gegen den derzeitigen Obermeister Eg. Schneider (G 6, 1), welcher als nichtgelernter Bäcker geschildert wird. Es hat den Anschein, als ob Herr Schneider sein Postchen gefährdet sähe, deshalb sucht er darnach, um sich auf andere Art bei seinen Anhängern beliebt zu machen.

Dieses Rittert ist nun gefunden. Die Gehüßen haften soll als Föder dienen. Am 29. Januar fand in Mannheim eine Konferenz der Bädergehüßen-Vereine statt, welche seitens der Innungsvorstände als von Arbeitgebern einberufen wurde. Vertreten waren die Vorstände der Bädergehüßenvereine Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg, und von diesen Orten war auch der Vorstand der Innung vertreten. Als Vertreter der „Gesellschaft“ war der zwar von niemand gewählte, also nur in seiner eigenen Wahlidee erachteter Vorsitzende der elsässisch-lothringischen Bädergehüßenvereine Paul Gieße aus Colmar erschienen. Er verwarf nun sein auswendig gelerntes Verschen gegen den deutschen Bäderverband und die Führer der Sozialdemokratie die Genossen Singer, Bebel usw. Besonders würden natürlich die Führer der modernen Gehüßenorganisation mit Begehr besudelt, hauptsächlich rühmte der laubere Herr sich damit, daß ihn (Gieße) kein Agitator des Deutschen Bäderverbandes in Colmar besuchte, d. h. daß dort keine Agitation befreiden würde; auch der Geschäftsführer des Bezirks Mannheim, Kollege Strobel, ginge nicht dorthin, und gar zu gerne wolle er (Gieße) sich doch auch mit diesem messen. Aber auch hier ist das Paulchen auf der Tat des Schwindelns erklappi: Herr Gieße weiß wohl nicht mehr, daß Kollege Strobel am 2. Februar 1905 in einer Privatversammlung in Colmar rehetet, wo das grossherzige Paulchen in der Diskussion dasselbe Sprüchlein herunterleerte wie am 29. Januar 1907 hier in Mannheim, daß er aber nachher, damit ihm Strobel nicht die nötige Adruht zuteil werden lassen könnte, die Anwesenden aufforderte, mit ihm das Gefal zu verlassen. Nun beschloß diese Konferenz, demnächst eine öffentliche Versammlung in Mannheim einzuberufen, wobei Paulchen Vorstellung geben wird. Hoffentlich werden dazu dann auch alle Bädergehüßen eingeladen, ebenso auch die Leitung der Organisation. Das möge sich aber das Paulchen gesagt sein lassen, dann nicht mit Lügen um sich zu werben, sondern es mit der Wahrheit genauer zu nehmen, als in der genannten Konferenz. Den Herren Arbeitgebern gratulieren wir zu ihrem neuen Werk, das sie hier ins Leben rufen wollen, sie werden wohl denselben Schicksal erleiden wie die Berliner Meister.

So groß wie der „anständige“ Hartmann (Herausgeber der Leinruten) im Betteln um Abonnenten für sein Schimpfblättchen ist, so versteht er es auch, den Kollegen zu zureiben, daß sie um die Gunst des Meisters betteln sollen, denn er hat folgendes Schreiben an verschiedene Geßüffenercine gesandt:

„Wiederholte haben wir Ihnen unentgeltlich Probennummern unseres Blattes, woraus Sie wohl gut Genüge gesehen haben, welche Ziele wir uns im Interesse des gesamten Handwerkis gestellt haben: „Gemeinsam mit den Meistern für das Handwerk zu sorgen“, ist unser Motto!

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Mehrheit auch Ihrer Vereinigung das Bestreben auf Erhaltung des Handwerks verfolgt — und nicht auf Vernichtung desselben, wie es der Hamburger Verband will — daß Ihre Mitglieder aber Bäckergesellen, beziehungsweise Bäckergehüßen bleiben und heißen, nie und nimmer aber Bäckereiarbeiter werden wollen. Und deshalb richten wir auch an Sie die höllische Bitte, unterstützen auch Sie unser Bestreben dadurch, daß auch Ihre Verein in den großen Kreis der Gesellenvereine eintritt, welche schon jetzt an das Gesellenblatt abonniert sind. Abonnieren Sie also recht zahlreich auf unser Blatt, Sie unterstützen dadurch die gute Sache und sorgen so am besten dafür, daß Ihren Mitgliedern das Streben nach Weiterbildung und Selbstständigkeit erleichtert wird, daß sie es dann später in der Selbstständigkeit leichter haben, daß ihnen nicht der Bäcker

Im ganzen deutschen Reiche findet das Fachblatt „Deutscher Bäcker- und Konditor-Gehülfe“ große Aner-

bitor)-Gesellen Deutschlands (Sitz Berlin), sowie der Bund der Elsass-Lothring. Bäder-Gehülfen-Vereine (Sitz Colmar).

Abonnieren Sie also nicht nur auf das Blatt, sondern treten Sie auch dem Bunde bei, es liegt beides im Interesse der ganzen deutschen Gesellschaft, ja des ganzen Handwerks.

Die Bezugsbedingungen der Zeitung sind sehr günstige. Etwaige Schwierigkeiten, daß jedes Mitglied jede Nummer der Zeitung erhält würden sich gewiß beseitigen lassen, wenn entsprechend an die Meisterschaft herangetreten wird, die ja auch ein großes Interesse an der handwerkstreuen Gejellenbewegung hat.

Wir erwarten gerne Ihre baldige Nachricht unter Verwendung des einliegenden Bestellcheines.

Mit freundlichem Gruß  
Hochachtungsvoll  
„Deutscher Bäcker- und Conditoren-Mehl-Verband.“

"Deutscher Dichter- und Schriftsteller-Gehilfe"  
(Wilhelm Hartmann.)

Was nun liegt, natürlich Hartmann seine Geitreuen in ganz geschickter Weise auf, „entsprechend an die Meisterschaft heranzutreten“, damit diese Geld aus ihrem Beutel nimmt und recht viele Exemplare der „Leimruten“ bestellt werden, damit — Hartmann seinen Rebbach macht. Das „Geschäft“ ist dem Manne alles!

Wegen eines Flugblattes, betitelt: „An die Bäckergehüßen von Essen und Umgegend“, mit dem Thema: „Das schamlose Treiben des Verwalters des Innungsbuchhaltungs- und -arbeitsnachweises und wie legen wir dem Manne das saubere Handwerk“ hatte sich der Kollege Hauck vor dem Schöffengericht in Essen zu verantworten. Herr Mais, welcher sich als die gefräntete Leberwurst fühlte, hatte die Bekleidungslage angestrengt auf Grund der §§ 185 und 186 und 200 des Strafgesetzbuches. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß auf dem Arbeitsnachweis eine Gesinnungsschmälelei betrieben wurde, die jedem Bäckergehüßen, der einigermaßen etwas auf seine Würde gab, Hohn sprach! Mitglieder, welche dem Deutschen Bäckerverbande angehörten, wurden einfach vom Arbeitsnachweis ausgeschlossen. Da noch mehr; in einem Falle wurde sogar festgestellt, daß ein Kollege, welcher bereits Arbeit angenommen hatte, durch Herrn Mais wieder außer Arbeit gebracht wurde. Dieses ist aber nur möglich, weil die Gehüßenvertreter in der Aufsichtskommission Mitglieder des christlichen Verbandes sind. Vom Gericht wurde konstatiert, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis für den Inhalt des Flugblattes voll und ganz gelungen sei. Auch wurde dem Angeklagten Wahrung befreitlicher Interessen zugesagt. Jedoch der Uebelstötet mußte seine Strafe haben und verurteilte man ihn wegen formeller Bekleidung zu 20 M Geldstrafe, damit die unglückliche Ehre derjenigen gerettet wurde, welche das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Bäckergehüßen mit führen treten.

Das gelbe Fieber unter den Gelbschädeln in Königsberg! Von dieser gefährlichen Krankheit wurden unsere meistertreuen Kollegen besessen, hauptsächlich sozusagen der König der Gelben, schwerer Werkmeister und Gottesgabendrechsler, Herr Aug. Blage, ist noch jetzt nicht richtig im Gehirnkasten durch den Schreck, den ihm die Kollegen Frose, Kling, Abendroth und Kolleg um 10. Junuar einfüßten. Der mit dem längsten gelben Schnabel hatte nämlich zu dem Tage seine allernädigste Order erlassen und hielt im Hunde mit seinen Trabanten ihr Neujahrsquartal ab, natürlich darauf abgesehen, nur um dem Verband die Versammlung zu vernichten. Unsere Kollegen erlaubten sich an dem Tage nach beendeter Versammlung die Freiheit und besuchten auch die heiligen Hallen der meistertreuen Brüderschaftler. Wie wurde es aber da, als wir in dem Ochsenstall drin waren, wie vor Leufeln stob alles aneinander und der Ruf: „Die Roten sind da!“ erschütterte Herrn Blage so, daß er den Wirt dazu zwang, Mittel anzuwenden, die bösen Geister aus den heiligen Räumen zu vertreiben. Das war aber eine reine Heißjagd, kaum daß in einer Ecke ein „Roter“ aufgespürt wurde, da tauchte wieder anderswo einer auf. Um besten wäre es gewesen, wenn ein Pfusche zur Stelle gewesen wäre und mit seinen Sakramenten die Rotmacht beschwichtigt hätte; ich glaube sogar, Herr Blage wird doch so viel Ehegefühl besitzen und eine heilige Messe mit seinen Gelben abhalten, damit ihm keiner abtunrig wird, sonst womöglich sieht der Teufel doch in manchem drin und das kann in seiner Garde sehr viel Unheil anrichten. Natürlich wird die läbliche Ernährung doch wohl auch nicht schlecht gewesen sein und das Regiment mit ein bis zwei Achtel Vier beschenkt haben. Das ist doch eine reine Wohltat, dafür gehen sie geduldig wie Lämmer zu ihren Fraterni und Schwestern 16—17 Stunden. Das Ernährungsbier muß eine verdammt Rähkraft besitzen, sonst müßten die Kollegen nicht so viel Kraft besitzen, um ihre Arbeitszeit überstehen zu können. Aber eins bleibt fest, ihr gelben Brüder, die „Roten“ kommen immer und immer wieder, sie werden hier aus Königsberg nicht verschwinden, wir werden Euch schon die Leviten lesen, wir wollen doch mal sehen, ob wir hier nicht auch andere Verhältnisse schaffen können, denn Ihr seid doch viel zu feige, um zu legen: Meister, gib uns so viel Lohn, daß wir euer Ernährungsbier nicht brauchen! Oder: Wir wollen nicht 16 Stunden arbeiten, sondern 10 Stunden ist viel zu viel für die paar Bettelpennige. Bleibt Ihr Gelben bei Eurem Glauben, die Meister werden Euch schon auf die krummen Bäckerbeine hessen, bis Ihr einen Rückel macht, als wenn ein Frosch zum Abendmahl geht. Dann seid Ihr wieder Kerls und könnt mit Eurer Dummkheit Menschen ängstigen.

Das Amtsgericht Heidelberg fällte kürzlich eine für unsere Kollegen, die noch mit Kost und Logis beim Meister gesegnet sind, sehr interessante Entscheidung. In einem nahen Dorfe arbeitete ein Kollege 29 Wochen bei einem sehr haushälterischen Bäckermeister. Dort bekam er regelmäßig des Sonntags morgens gegen 8 Uhr den Frühstück und gegen 11 Uhr das Mittagessen. Das Frühstück sparte der Meister jeden Sonntag und gab es auch dann nicht, als der Kollege dies wiederholt verlangte mit dem Hinweis, daß er mit voller Kost eingestellt sei. Bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses verklagte unser Kollege den sparsamen Meister auf Ausszahlung des Frühstücks, um doch er betrogen sei. Das Gericht verurteilte den Meister zur Zahlung von 29 mal 30 S., also 870 M. für das gesparte Sonntagsfrühstück und zur Zahlung der Kosten. —



## Zum Verbandsstage.

In der Beilage zu Nr. 4 unserer „Bäcker-Zeitung“ beschäftigte sich Kollege Manz-Stuttgart mit dem von in den Hamburger Genossenschaften beschäftigten Bäckern verfaßten Entwurf eines Tarifes mit dem Verband der Bäcker. Anscheinend hat derselbe seinen Beifall nicht gefunden, weil derselbe nach seiner Meinung teils zu weitgehend, andertheils zu wenig fordert.

Justiniend erklärt sich ja Kollege Manz zu einer Vorkonferenz derjenigen Delegierten, welche in Genossenschaften beschäftigt sind. Dieser Vorschlag wurde von uns Hamburgern natürlich aus dem Grunde gemacht, weil wir den von uns gemachten Vorschlag selbstredend nicht als vollkommen, über jeder Kritik stehend, erachten können, auf dessen unveränderter Annahme wir bestehen müssen. Wir könnten unserem Antrag nur Hamburger Verhältnisse und Erfahrungen zugrunde legen. Da aber nicht nur für Hamburg ein Tarif geschaffen werden soll, müssen wir die Meinungen und Erfahrungen aus anderen Städten hören, um einen alle Teile befriedigenden Antrag dem Verbandsstag vorlegen zu können. Aus diesen Gründen ist ja auch der Entwurf den Arbeitern aller nahesten Konsumvereine zugesandt worden, damit diese Zeit haben, denselben zu begutachten und zweckentsprechende Änderungen beantragen zu können.

Die Befürchtungen, die Kollege Manz ausspricht, daß bei Beauftragung der Freigabe des 1. Mai dieses ein Hindernis für das Zustandekommen eines Tarifabschlusses bilden könnte, kann ich allerdings verstehen, aber nicht alle Gründe, die der Kollege Manz für diese Befürchtungen ansieht.

Ich fürchte selbst, daß bei unveränderter Annahme dieser Forderung diejenigen Genossenschaften, in denen Kleinbrot hergestellt wird, schwere geschäftliche Einbuße erleiden werden (nicht an dem betreffenden Tage allein). Die konkurrierenden Bäckermeister würden natürlich alles verhindern, die ihnen am 1. Mai zulauende Kundschafft für dauernd an sich zu fesseln, teilweise nicht ohne Erfolg. Wenn wir trotzdem diesen Antrag stellen, geschah dieses deshalb, um eine ungleiche Behandlung von Brot- und Weißbäckern zu beseitigen, von denen erstere in manchen Betrieben die Arbeitsruhe bewilligt wird, während letztere aus oben angeführten Gründen arbeiten müssen. Man könnte aber die Genossenschaften vor Einbuße bewahren, indem wir die Forderung folgendermaßen formulieren: „Der 1. Mai ist einem bürgerlichen Feiertag gleich zu achten“. Da wir nun für leichtere Extrabezahlung fordern, wenn sich ein Arbeiter tödig macht, müßte eine solche auch für den 1. Mai erfolgen, wenn gearbeitet werden muß. Dem Gefühl der Konsumarbeiter aber müssen wir es überlassen, den Weltfeiertag des Proletariats, der anderen Arbeitern teilweise schwere Opfer auferlegt, nicht zu benutzen, einen Extraprofit zu ergattern. Sie können das abwenden, indem sie den am 1. Mai erzielten Extraverdienst oder doch einen erheblichen Teil desselben für die wegen der Maifeier ausgeperten Arbeiter stifteten. Das wäre gewiß auch eine würdige Maifeier. Bestreiten muß ich aber doch bezweifeln, daß, wenn in den Vereinen, die heute unseren alten Tarif anerkannt haben, bürgerliche Verwaltungsbeamten derselben ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber dem von uns gestellten Antrag damit begründen wollten, man könne den Arbeitern nicht erlauben, den 1. Mai zu feiern. Das würde denn doch wohl auf Opposition bei den Abnehmern ihrer Ware stoßen.

Der Forderung auf erhöhte Ortszuschläge ist ja das Tarifamt bereits entgegengekommen, ob es aber allen Wünschen gerecht geworden ist, die in dieser Hinsicht laut geworden, möchte ich bezweifeln. Diese Wünsche auf ihre Berechtigung zu prüfen, muß Sache der Vorkonferenz sein.

Entschieden festgehalten muss an der Forderung werden, den Minimallohn auf 24 M. zu erhöhen. Jeder, der seinen eigenen Haushalt führt, weiß, daß sich seit Abschluß des alten Tarifs schon für eine Familie von drei Kindern die Lebensbedürfnisse weit höher verteuert haben. Der Reiter der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ ist weiß, daß in vielen Geschäftsbüchern der einzelnen Genossenschaften bemerkt wird, daß ein erhöhter Geldumsatz, aber ein verminderter Warenumsatz zu verzeichnen sei. Das beweist, daß die Genossenschaften die durch den Zolltarif resp. durch die Handelsverträge hervorgerufenen höheren Preise auf die Konsumen abwälzen. Da nun doch wohl in den meisten Fällen die in Genossenschaften beschäftigten Bäcker dort ihre Waren entnehmen, müssen auch diese die erhöhten Preise bezahlen. Was aber die Genossenschaften den Bäckern auf diese Weise mehr abnehmen, müssen sie ihnen auch als Arbeitgeber wieder zuwenden lassen. Genossenschaften aber, die ihre Existenzfähigkeit durch Unterernährung ihrer Arbeiter aufrecht erhalten müssen, sind wert, daß sie vom Erdboden verstoßen. Aus den Voraussetzungen, welche das Tarifamt für Gewährung von Ortszuschlägen festgelegt hat, ist besonders zu lesen, daß man dort einen Antrag auf Erhöhung des Minimallohnes erwartet. Denn wenn genannte Amt erklärt, eine allgemeine Verteuering der Lebenshaltung könne nicht zur Begründung von Ortszuschlägen oder deren Erhöhung benutzt werden, so kann doch jeder zwischen den Zeilen lesen, daß einer allgemeinen Verteuering der Lebenshaltung durch einen erhöhten Minimallohn begegnet werden muß; denn eine Teverung wird auch an Orten mit geringen oder gar keinen Zuschlägen eintreten.

Eine erhöhte Bezahlung für Nacharbeit glaube ich nicht empfehlen zu können, da doch mit wenigen Ausnahmen wir Bäcker durchweg Nacharbeit verrichten müssen. Es käme mir das auch nicht anders vor, als wenn ein Nachwächter für Nacharbeit Vorschlag verlangen würde.

Justiniend kann ich dem Vorschlag des Kollegen Manz, einer präzisen Festlegung der Dauer des Arbeitsverhältnisses, welche zum Fortgang des Arbeiters berechtigt, und wäre zu empfehlen, daß der Beginn des Kalenderjahres im Arbeitsverhältnis zu Tertien befreige.

Der Änderung des § 5 unseres Antrages im Sinne des Kollegen Manz behindert Arbeitseinstellung, kann

ich ebenfalls zustimmen. Die Änderung vereinfacht den Paragraphen und bezweckt dasselbe, was auch wir Hamburger bezeichnen wollen. Nicht zustimmen aber kann ich dem Vorschlag, in die Tarifbestimmungen aufzunehmen, daß Zwiderhandlungen gegen das Interesse der Genossenschaft Entlassung nach sich ziehe. Solche Bestimmungen sind einmal sehr dehnbar und darum gefährlich für den Arbeiter, dann aber gehören dieselben auch nicht in einem Tarif, der mit einem ganzen Verband von Genossenschaften abgeschlossen werden soll. Solche Bestimmungen können höchstens in einer Arbeitsordnung Platz finden. Solche zu formulieren, ist nicht Aufgabe unseres Verbandsstages, sondern die einer Genossenschaft für sich, im Einvernehmen der von ihr beschäftigten Arbeiter.

Was Kollege Manz sonst noch ausführt, hat ja mit unserem Tarifentwurf nichts zu tun, aber trotzdem kann ich es doch unterstreichen. Der Verbandsvorstand vermittelt unseren Kollegen nicht die Arbeit in den Konsumvereinen, damit sie die deutsche Bischutz heben sollen. Er will für diejenigen, die im Interesse unserer Organisation tätig sind, Arbeitsgelegenheit schaffen. Er will sie sicher stellen vor den Maßregelungsgesetzten unserer Gegner, den Innungsmeistern. Darauf ist es aber auch die Pflicht der durch den Verband zu guter Arbeit gelangten Kollegen, im Interesse derselben tätig zu sein. Darauf ist auch der Wunsch des Kollegen Manz berechtigt, daß solche Kollegen, welche wegen Zwiderhandlens gegen die Interessen des Verbandes aus diesem ausgeschlossen werden, auf Antrag unseres Hauptvorstandes aus dem Arbeitsverhältnis des Konsumvereins entlassen werden müssen, weil die Voraussetzungen, welche den Hauptvorstand beraten, dem Betreffenden die Arbeit zu vermittelnden, nicht mehr zutreffen. Hätte eine solche Bestimmung klipp und klar im alten Tarif gestanden, wäre der Skandal in Magdeburg lange nicht so weit gediehen; vielleicht hat derselbe mit dazu beigetragen, daß in Magdeburg die Reichstagswahl so schlecht ausgefallen ist. Die Vermeidung solcher Skandale liegt also im Interesse der Allgemeinheit und wäre in dieser Hinsicht dem Verbandsvorstand zu wünschen, daß ihm der Tarif etwas Machtbefugnis zubillige. Allerdings muß ich ausdrücklich betonen, daß Bestrebungen der Genossenschaftsarbeiter, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen, auch wenn dieselben über den Tarif hinausgehen, nicht gegen das Interesse des Verbandes verstoßen, und müssen Kollegen, die aus solchen Gründen von einer Genossenschaft gemäßregelt werden, vom Verband geschützt werden.

Nun habe ich noch Mehreres vergessen. Kollege Manz vermisst in unserem Tarif-Entwurf ein Eintreten für weibliche Arbeiter in den Genossenschaften. Selbstredend müssen wir auch dieser gedenken in unserem Tarif, wenn solche bei uns organisiert sind. Über in Hamburg kennen wir solche Arbeiterinnen in den Genossenschaften noch nicht. Es mangelt uns also an Sachkenntnis und könnten wir aus diesem Grunde mit keinen Vorschlägen kommen.

Dann muß ich noch einigen Irrtümern des Kollegen Manz entgegentreten. Derselbe meinte, die Konsum-Väter seien gegenüber anderen Bäckerarbeitern im Vorteil, weil sie vor diesen mancherlei Vorteile genossen, z. B. Ferien, § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, kürzere Arbeitszeit usw.

Ich bemerke dazu, daß ich in Hamburg eine ganze Reihe Bäckermeister kenne, die ihren Arbeitern Ferien gewähren, und mit der Arbeitszeit liegt es vielfach so, daß wohl der Meister seine Leute 12 Stunden beschäftigen kann oder darf, aber er hat nur für 8-9 Stunden Arbeit für dieselben. Also dieser Vorteil der Konsumbäcker sieht größer aus, als er ist. Der Paragraph 616 aber ist wie das ganze Bürgerliche Gesetzbuch für das ganze Deutsche Reich geschaffen. Kollege Manz kann sich durch Differenzen des ganzen Buches davon überzeugen, daß darin nirgendwo von Konsumbäckern die Rede ist.

Wenn also beim Meister Verhältnisse bisher den Vorteil davon nicht genossen, so liegt das daran, daß sie ihn nicht gefordert haben. Wenigstens jeder Großbetrieb würde von jedem zuständigen Gericht zu bedeutend höheren Leistungen auf Grund des § 616 verurteilt werden, als sie die Konsumvereine ihren Bäckern nach dem alten Tarif gewähren.

Damit will ich schließen. Hoffen wir, daß wir durch unseren Entwurf zur Grundlage eines uns nützlichen Tarifs kommen und mögen die Anregungen des Kollegen Manz und auch die wenigen den Anfang einer jüdischen Kritik über unseren Entwurf bilden.

Krohn - Hamburg.

Der Kollege Manz-Stuttgart hat in der vorletzten Nummer der Bäckerzeitung die „Zuchrift der Hamburger Konsumbäcker“ erörtert, was, beläufig bemerkt, nicht nötig war, da sämtliche Konsumbäcker Deutschlands diese behalten haben. Besser wäre es gewesen, die Stuttgarter hätten uns Hamburgern positive Vorschläge betrifft des Tarifs und der Zusammenkunft zukommen lassen. Da jedoch die Sache breit getreten ist, so sei mir gestattet, auf den Hauptpunkt, die Erhöhung des Minimallohnes, etwas näher einzugehen.

Eine neue Idee zur Begründung des niedrigen Minimallohnes kann der Kollege Manz nicht in Held führen. Das Wort von den unrentablen Kleinstbetrieben ist eine alte beliebte Phrase, welche stets von Besitzern oder Verwaltern von Kapital gebraucht wird, um die Arbeitslöhne zu drücken und hohe Gewinne herauszuholen. Hierzu machen auch die Genossenschaften, die sich als einen Teil der Arbeiterbewegung brüsten, keine Ausnahme. Auch sie haben stets diese Phrase benutzt, die Löhne recht niedrig zu halten, obgleich in den meisten Fällen die Bäckerei ganz erhebliche Überschüsse geleistet hat. Diese Überschüsse wurden aber stets nach echt kapitalistischer Art nicht den Schäfern des Mehrwerks, sondern den Expressem gut gezeichnet und flugs waren auch gleich einige Freunde oder Eltern bei der Hand, welche das Gehalt des Vorstandes in die Höhe schraubten, was diese Herren dann mit freundlichem Schnauzeln einsteckten. Auch von dem guten Willen und dem freundlichen Herzen der Genossenschafts-Bäckerei haben wir nicht viel zu erwarten, das beweist uns die Bäckerzeitung in jeder Nummer, wie weit diese Herren sozial-ethisch veranlagt sind. Einen Fall

möchte ich noch mit anführen, der in dieser Beziehung als drastisches Beispiel gelten kann. Die Bäcker der „Produktion Hamburg“ fanden voriges Jahr an ihrem Vorstand einen Bettelbrief um Gewährung einer Leuerungs- zulage. Und was antworteten diese 3500-5000 Mitarbeiter? Gejellten: „Sie verdienen ja schon über Existenzminimum.“ — „Gut gebrüllt, Vögel!“ rümpften wir unwillkürlich aus, denn wir verdienten als Anfangslohn noch nicht einmal den Durchschnittslohn von Hamburg. Nach allen diesen Erfahrungen ist es bedauerlich, daß sogar aus den Reihen unserer Kollegen uns diese alberne Litanei vorgehalten wird, welche gar keine Berechtigung hat, schon aus dem Grunde nicht, weil ein Grundgesetz sämtlicher Gewerkschaften lautet: „Ein Betrieb, welcher seine Arbeiter nicht anständig entlohnen kann, ist nicht existenzberechtigt.“ Dasselbe gilt auch für die Genossenschaften. Der Kampf der Gewerkschaften ist ein Kampf zwischen Arbeit und Kapital, ganz gleich, ob es Privat-, Aktien- oder Genossenschaftskapital ist. Das Genossenschaftskapital hat im Gegenteil als ein Glied der Arbeiterbewegung die Pflicht übernommen und auch versprochen, bahnbrechend in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu wirken. Das jetzt ist noch nichts davon zu spüren. Überall klagen über unauskömmlichen Lohn und erniedrigende Behandlung von Seiten des Vorstandes. Ist das Kapital jedoch wirklich nicht fähig, die Erzeuger des Mehrwerks anständig zu entlohnen, so ist unsere ganze Arbeiterbewegung überhaupt nur eine Utopie. Und das wollen wir doch nicht hoffen, ist auch nicht der Fall.

Sollte den Konsumbäckern trotzdem der Mindestlohn zu hoch gesetzt sein, so schlage ich den Genossenschafts-Vorstands-Tarif vor. Vielleicht haben wir da mehr Glück. Dieser fängt bei 2000 M an und endet mit 10 000 M. Ich werde zu jeder Zeit auch dafür plaudieren.

Rich. Bachmann

Der Kollege Kol. Bauer hat in seinem Artikel versucht, einzelne unserer Angestellten nicht sachlich zu kritisieren, sondern sie direkt zu verdächtigen und zu beschimpfen; gegen diese gehässige Art und Weise sind die Dortmunder Mitglieder, die wissen, von welchen Ursachen sich B. dabei leiten läßt und auf wen er abzielt, mit Recht empört. B. verdächtigt die Beamten der Bezirke, mit dem Gelede des Verbandes zu verbünden. Nun wird aber jeder Großchen Aussage doppelt, erst vom Kassierer der Mitgliedschaft, dann von den Revieren kontrolliert und überdies übt der Hauptkassierer des Verbandes auch noch eine recht scharfe Kontrolle aus. In unserem Bureau liegt ein Buch aus, worin die Aussagen gebucht werden; da hätte B. schon längst seine Roje hineinstellen können und hätte sich erst überzeugen müssen, ehe er etwas in die Welt hineinposaunt. Ich sehe absolut keine Berechtigung, daß nun ich ganz entschieden zurückweisen. B. schreibt, wo das hinführen soll, auf hundert bis hundertfünzig Mitglieder einen Beamten anzustellen; meines Erachtens ist es sogar dringend notwendig, für so viel Mitglieder einen Beamten anzustellen. Gerade wo die Verhältnisse so liegen, wie hier in Dortmund, denn in unserem Bezirk haben wir noch Hunderte Kollegen zu bearbeiten. Natürlich, mit einem Male geht das nicht, das weiß der B. besser als ich. Erfahrung haben wir ja gemacht, als wir einen Gauleiter hatten; wo er war, ging es voran, war er weg, ging es zurück. B. könnte ja nicht einmal seinem Posten als Bezirkskassierer vorziehen! Unser Beamter hat sich schon genug aufzuhalsen der Mitgliedschaft herumgeschlagen und nicht, wie B. schreibt, „er mache 3-4 Monate außerhalb der Mitgliedschaft keinen Handstreich“. Ja, wenn B. sich die ganze Woche nicht sehen läßt, dann sieht er es natürlich nicht, was gemacht wird. Sind wir denn seit der Auflösung unseres Beamten nicht voran gekommen? Wir können mit dessen Leistungen sehr zufrieden sein und werden Schritt für Schritt weiter kommen. Natürlich müssen wir unsere Beamten kräftig unterstützen und wollen es nicht so machen, wie B. spricht: „Ich will erst arbeiten, wenn der Beamte weg ist“. Ja, wenn noch mehr solche kluge Kollegen in unsere Mitgliedschaft hineingekommen, dann können wir nie vorwärts und wenn 10 Beamte hier sind. Na, wie ich gehört habe, hat er den Staub von Dortmund schon wieder abgeschüttet.

Der Kollege B. weiß wohl nicht, wie nötig es war, hier ein Bureau zu mieten. Wo sollten wir sonst unsere Geschäfte erledigen? Sezt weiß jeder Kollege, wohin er sich wenden kann. Weiter behauptet sich B. mit dem Beispiel der Aussagen zum Beispiel bei einzelnen Streiks. Ja, lieber B., Du machst Dir unnötige Kopfschmerzen. Zum Beispiel sind hier bei dem Kästnerstreit sämtliche Rechnungen an die Hauptkasse geschickt worden, außerdem hatten wir noch ein paar Markt-Aussagen, und dies ist alles richtig revidiert worden. Also es ist nicht verboten worden, wie B. schreibt. B. sagt dann: „In verschiedenen Mitgliedschaften ist viel böses Blut ob solcher Wirtschaftsfeinde“. Gerade durch solche Artikelreißer, wie B., wird böses Blut erzeugt, das mag er sich hinter die Ohren schreiben. Weiter schreibt B.: „Wir stellen uns die Tätigkeit eines Funktionärs ganz anders vor, er darf nicht an die Scholle gebunden sein.“ Ja, lieber B., bist Du nicht derjenige gewesen, als unser Beamter noch außerhalb wollte und Du solltest ins Bureau kommen, da liebstest Du sogar, daß Du nicht könne. Also kann man es doch sehen, daß Du nur über die Beamten losreist. Der Hauptvorstand sollte mehr auf die Funktionäre achten, daß sie ihre Pflicht tun; da müßte wohl nach B. seiner Meinung hinter jedem Beamten einer mit der Peitsche stehen. Am besten wäre es, B. würde mit Uniform und Säbel ausgerüstet, um die Beamten zu kontrollieren.

Heinrich Neumann

Was ist es, daß die Debatte zum Verbandsstage gar nicht in Fluss kommen läßt? Hat man nur Interesse, wenn man fürchtet, daß es an den Geldbeutel geht? (Genau wie unsere Arbeitgeber?) Über ist des die Stille vor dem Sturm? Hast möglicher ich das letztere eher für möglich halten; denn bei den Punkten 6, 9 und 10 der Tagesordnung dürften die Gemüter ziemlich hart aufeinander platzten. Minimal- oder Klassenlöne? Die wichtige Frage ist tatsächlich, bedingt durch die Entwicklung der Organisation und die dadurch errungenen Erfolge, zu einer nachgerade brennenden geworden:

Freund "Schnuerl" weist uns in der ihm eigenen geistreichen Weise auf den sogenannten "goldenen Mittelweg": ob dieser Mittelweg den man gewöhnlich immer gebt, wenn man sich rechts, rechts oder links auszuholen und den man in dieser Form oft sehr derb "Kieritz" nennt, in diesem soll von irgend welcher Bedeutung wäre, möchte ich bezeichnen; ja, ich behaupte, daß dadurch bestehende differenzierte Ansichten nur verschärft statt gelärt würden. Wir müssen uns bei dieser aber, im Interesse der Gleichheit, prinzpiell auf die eine oder die andere Form festlegen. Ganz besonders wortet der Kollege Dietrich deshalb vor Festlegung eines Minimallohnes, weil die subjektive Ausfassung eines Teiles der Kollegen gegen einen folgen ist; aber gerade hier soll es ja wieder Angabe der Gemeinschaft sein, erzieherisch einzutreten, es muß, abgesehen von all den idealen Gründen, die für einen Minimallohn sprechen, ohne weiteres zugegeben werden, daß vom praktisch-materiellen Standpunkt aus gehen zuwands leichter der Arbeitgeber durch die Macht des Taxis schlüpfen kann als bei einer verschiedenartigen Pflichtsetzung. Es wurde einmal von einem unserer Führer im Hause auf den Abschluß von Tarifen in allen Teilen des Reiches geagt: "Auch bei uns wird die Zeit kommen, wo der Centralverband der Bäckerinnungen, gleich wie im Buchdruckergemeinde, einen allgemeinen Tarif mit uns abschließen wird." — Wenn noch meiner Ansicht der Begriff dahin auch noch ein sehr weiter ist, so haben wir aber das Ziel im Auge zu behalten, den Boden vorzubereiten, das kann aber nur geschehen, wenn überall schon jetzt möglichst einheitlich gehandelt wird. Wenn dann auch weiterhin nicht ins Feld führen, daß unser Bemühung und seine wirtschaftliche Darstellung in Nord und Süd sehr verschiedenartig wäre; das haben wir ja dadurch selbst enttraten, daß wir den Gewissenheitsstreit auf einer solchen bestimmten Grundlage für das ganze Reich empfohlen haben. Noch alleseidem sehe ich an dem Standpunkte der Festlegung eines Minimallohnes, der sich richtend nach den örtlichen Verhältnissen, sich in bestimmten Grenzen bewegen soll. Aber auch die Erörterung des Gewissenheitsstreites dürfte gleichermaßen werken; daß hier eine durchgreifende Reform notwendig ist, wird vor keiner Seite bestritten; ich will hier einer wahrcheinlich vorher bestimmbaren sehr notwendigen Aussicht der in Bezug auf kommenden Kreise nicht vorsprechen, aber an einer bislang unbekannten, kann ich mir nicht vorstellen: man wird bei der Beratung desselben auch einmal andere Taktik zur Durchführung und Erhaltung des Tarifs einer Reform unternehmen müssen; wir können uns nicht ohne weiteres in jedem Falle auf den Standpunkt stellen, den Gevölle von Elm in den sozialistischen Monarchien (Vest 5. Februar 1905) erachtet und der bei uns leider mit aller Leid bestätigt worden ist, nämlich: daß es einzige und allein mit uns dem Begriffe gegenübergestellte Gewissensdienstler Verteilung möglich ist; es tritt dann sehr oft auf unsere Kollegen das Gefühl von dem betrüblichen Schicksal zu, dem die Helle wegekreuzt sind. Die Differenzen, die in verschiedenen Orten auftreten können, beweisen uns das (siehe Darmstadt). Wir werden uns auch den Gewissensdienstlern gegenüber etwas mehr als Gewissensdienstlern zeigen müssen und ich zweifele nicht daran, daß

der heutige fastlich zu unterscheidende Gewissensdienstlern verhältnis zu einer höheren und ehrhaften Freundschaft zwischen den beiden Gewissensdienstlern zum Nutzen beider Bewegungen wird. — Eine Diskussion um weitere Mittel und Wege zur Bekämpfung der Gewissensdienstlerei zu finden, halte ich für zwecklos, es sei jedem Beratungssitz erörtert werden, es handelt nicht darum. Die, wenn auch langsame, aber doch merkliche Entwicklung zum Großbetrieb bringt die für uns letzten bekannte Tatsache mit sich, daß alle kleinen Betriebe, bei Konkurrenztag zu kleinen, zur Gewissensdienstlerei eintreten; das bringt den für uns größeren Umstand mit sich, daß die Erfüllung der Gewissensdienstlerei unter anderem in parteiischer Gewissensdienstlerei immer schwächer wird. Wenn ich mich auch darüber nicht ohne in den sozialen Sachen wisse, daß, wenn wir mit Gewissensdienstlern zusammen, je besser wir wohl miteinander sind und ohne weiteres auf sie Rücksicht berücksichtigen werden, so haben wir doch einen Grund, bestreiterin der Arbeitnehmer Rechte zu treiben. Sicherlich wird im Centrum des Tarifes der einzelnen Städte unserer Kollegen mit dem Soll zu Null aufzufallen werden kann, ob es die Situation am Ende erlaubt eine Fortsetzung befreundeter Regelung des Gehaltsvertrages mit anzustellen. Alles was wir später unten hören, Sicherlich wird die Gewissensdienstlerei durch die Presse und durch Rückländer, ihrerseits Partizipanten des gewissensdienstlichen Gefüges, durch mehrere Veröffentlichungen bei den Gewissensdienstlern alles gewissensdienstliche Konsens herstellen kann und mit der Zeit auch endgültig bestehen sollte werden. Nach 10 der Regierungserklärung ist doch nicht eine totale Bekämpfung der Gewissensdienstlerei in der Form Gewissensdienstlerei gegen Gewissensdienstlerei, da ja eine rechtschaffene Fortsetzung als die bisher noch keine möglich war. Nur dieses macht bestreiterin bestreitig keinen Sinn, wenn nicht über der Zeit nicht zu berufen ist, da wir in dieser Beziehung momentan zur Gewissensdienstlerei des Gewissensdienstlerei genauso bestreitig.

Sicherlich kann diese Art auszuholen Kollegen, die nicht durch das Gewissensdienstlerei zum Gewissensdienstlerei. Sie werden nicht so etwas auf den 8 Stunden-Tarif, das Gewissensdienstlerei kann in den Tagen die bestreitig werden und rechtlich Fortsetzung in erster und zweiter Form erlaubt werden soll, doch auch, wenn jeder den Tarif bestreitig und der 11. Generationsvertrag ein wichtiger Bestandteil in dem Tarifesbestreitig der Gewissensdienstlerei sein.

Herr Meissner legt Bericht über seinen Bericht zum Tarifbericht vor: Der Bericht nicht so etwas auf den 8 Stunden-Tarif, das Gewissensdienstlerei kann in den Tagen die bestreitig werden und rechtlich Fortsetzung in erster und zweiter Form erlaubt werden soll, doch auch, wenn jeder den Tarif bestreitig und der 11. Generationsvertrag ein wichtiger Bestandteil in dem Tarifesbestreitig der Gewissensdienstlerei sein.

Den Haufen von Arbeiten die Beamten zu bewältigen haben und hierunter die Durchführung der Verbandsabstimmungen doch auch eine nicht kleine Rolle spielen, hält er es für unerhört, wenn die Beamten auf diese Art und Weise zu Mitgliedern weiter Passe degradiert werden. Alles dieses soll nicht betrifft werden, wenigstens nicht von mir, trotzdem ich derjenige war, der der Mitgliedschaft Bremen einen diesbezüglichen Antrag unterbreitete, der auch ja von derselben angenommen wurde, wenn auch nicht einstimmig.

Aber trotzdem werden diese Anträge wiederfortnommen und dieses scheint auch dem Kollegen Lauten einzusehen.

Es wurde ein Sammelsurium von sieben Arten herausgekommen, wenn die Gründe der Antragsteller veröffentlicht würden, meint der Kollege Lauten und verfügt nun die Gründe, die die Antragsteller dazu veranlaßt haben könnten, zu widerlegen. Nachdem er sich bei einigen Punkten, die bei diesen Anträgen in Frage kommen könnten, aufgehalten hat, heißt es weiter:

Die Abhängigkeit der Gauleiter (bei dem jetzigen Wahlmodus) vom Hauptvorstand, wenn solches noch als Beweisgrund von den Antragstellern in Frage komme, so sei dieses wohl nicht als ernstes Motiv zu betrachten, weil dieselben, genau so, wie die bejedeten Angestellten des Hauptvorstandes, alle zwei Jahre neu gewählt würden. Wenn nur die Gauleiter dabei in Frage kämen bei Annahme dieser Anträge, so könnte ich auch hierin dem Kollegen Lauten wohl beipflichten.

Wir haben aber noch eine ganze Reihe von Lokalbeamten, welche nicht von den Mitgliedern der betreffenden Mitgliedschaft oder Bezirk, wenn sie denselben zu bearbeiten haben, gewöhlt sind oder wiedergewählt werden, sondern einfach vom Hauptvorstand ernannt werden, und die in Frage kommenden Mitglieder müssen sich eben damit abfinden.

Hat es hier in Bremen bei der Erstellung unseres Statutes der Hauptvorstand doch nicht einmal für nötig befunden, sich mit den führenden Kollegen in Verbindung zu setzen.

Da kann man, bei solchem Vorgehen, doch gewiß nicht von der vielgediebenen Demokratie, die in den Gewerkschaften steht, viel Aufsehen machen.

Daher wird aber gerade eine immer größere Anzahl zwischen Beamten und Mitgliedern entstehen und gerade aus dieser Grunde werden solche Anträge so lange wiederholt, bis hierin gründlich Handel geschehen ist; es ist daher nur mein Wunsch, daß am nächsten nächsten Beratungsstage dem Hauptvorstand dieses Stadt gewonnen wird und damit Anordnungen getroffen werden, die wirklich brauchbar sind. Ich bin fest überzeugt, daß dann, eher aber nicht, derartige Anträge fortbleiben.

Carl Kassen.

Da auf dem nächsten Beratungsstage bei diesem Punkte noch gleichermaßen Anträge verbreiten werden, so würde es gut sein, wenn die Kollegen in unserer Nachbarschaft sich näher darüber informieren würden. Ich selbst, in einer Stadt mit den kleinen Miniaturbetrieben, habe die Verhältnisse gemacht, daß die Kleinstabfirma ein einfaches kollektives Zusammengehen der einzelnen im Betriebe zusammen beschäftigten Kollegen verhindern, ja sogar vollständig ausschließen. Da die Kleinstabfirma ja gründlicher besprochen zu erreichen seien, so daß der erste Gehalt in ein und denselben Bäckerei fast den doppelten Lohn erhält, als die der letzte Gehalt. Dadurch hat sich bei unserer Kleinstabfirma gezeigt, daß gerade diejenigen Gehalts zu besser bezahlten Stellen, den Verbesserungsbestrebungen unserer Organisation entgegenstehen, ja sogar an die Unternehmer Sebas- und Bäckereibetreiber lehnen.

Einerseits wird durch Kleinstabfirma das Streben der jungen Kollegen groß gegangen, da dieselben ebenfalls doch trachten, in eine bessere Position zu gelangen, und in nicht kleinen Fällen ihre eigenen Kollegen durch künftige Handlungswelle aus ihren Stellen verdrängen; andererseits herrscht bei den besser bezahlten Gehalts ein gewisser Schengen und wird dadurch das kollektive Verhalten der Kollegen in keiner Weise gefordert.

Da aber die jüngsten Kollegen alle nach den bedeutsam besseren Stellungen streben, wird eine große Arbeitslosigkeit der älteren Kollegen groß gezogen und es zeigt sich nicht deutlich in Städten, wo diese Kleinstabfirma ziemlich stark vorherrscht, daß ein jüngerer Gehalt schon die Stelle eines älteren Gehalts verdrängen möchte. Da bei unserer Kleinstabfirma die Parole heißt, das dem betreffende Kind und Kindergarten zu betreuen, so ist es schon aus tatsächlichen Gründen erforderlich, daß ältere für den jüngeren Gehalt ein Mindestlohn (Minimallohn) festgelegt wird.

Das Normierung des Minimallohns wird schon an dem nächsten Beratungsstage der Kleinstabfirma erzielbar gestellt, da aber der Unterschied (bei Kleinstabfirma) der verschiedenen Bäckereien kein so großer mehr sein wird und dadurch des Streben der jüngsten Kollegen unbedeutend macht, jedoch das Gegenteil wird die jüngsten Kollegen sicherlich und gewissendienstlich ihre Zwecken dem Arbeitgeber gegenüber verfolgen.

Gewissensdienstlerei werden wir noch Sache zu kämpfen haben, um die vorwiegend politischen Gewissensdienstlerei zu bekämpfen. Was all diesen Gründen finde ich es für erstaunlich, daß ein Teil der Kleinstabfirma der Gewissensdienstlerei ist.

H. Hecht-Schönberg.

## Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Hitterberg. Am 20. Januar fand untere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Vorsteher geh in seiner und leicht verständlicher Weise den Bericht erläutert und erzielte gleichzeitig die Kollegen, in der Abstimmung nicht zu erscheinen, damit auch bei uns die Organisation noch besser werde. Hitterberg gab der Kollege Gräber den Bericht der Kassenbericht. Dessen waren insgesamt 1234 Stück, die Einsätze betrug 681,59 M., die Ausgabe 599,11 M., es verblieb somit ein Jahresüberschuss von 92,47 M. Die Renten geben bekannt, daß Förder und Beliebte in besserer Ordnung waren, trotzdem dem Förderer Erfahrung erzielt wurde, da der Nachwahl des Vorstandes vor jederzeit bestreitig eingezogen. Der Vorsteher soll das mit dem Arbeitgeber mit verhandeln. Der Renten wurde erneut gewählt, damit wurden folgende Kollegen: Richard Michel, Berichterstatter und Sekretär; Hermann Wieling, Schriftführer; Otto Schröder und Max Müller als Kassierer; Hermann Gräber als Kartelldelegierter.

Bremen. Am 20. Januar hielt die bessige Mitgliedschaft ihre Generalversammlung ab. Nachdem Protokoll und Kassenbericht eingegangen waren, gab unser Bezirksleiter und Vorsitzender Kollege Albrecht den Vorstandswahl, welchem zu entscheiden ist, daß der Vorstand seine Geschäfte im letzten Berichtsjahr in 20 Sitzungen erledigt hat. Mitgliederversammlungen fanden 15 statt, davon je 4 Sektionsversammlungen der Weiß- und Großbäder, außerdem 6 öffentliche Versammlungen. Kollege Albrecht streiste dann noch die vorjährige Lohnbewegung, welche nur einen teilweisen Erfolg gebracht hatte und forderte die Anwesenden auf, richtig für den Verband zu agieren und erwähnte noch, daß wir zur Zeit 120 Mitglieder mehr hätten als wir im Vorjahr bei Einleitung der Lohnbewegung, um endlich mit dem schlußwürdigen Post- und Logistikseiten aufzuräumen. Wir fanden danach zur Vorstandswahl. Aus derselben gingen hierbei als 1. Vorsitzender Kassen, 1. Kassierer Albrecht; zum 1. Schriftführer wurde Lask wiedergewählt. Außerdem wurden noch die Stellvertreter für obige Posten, 3 Revisoren und 4 Kärtontreuhänder, bestellt; die Namen der letzteren sollen aus ersichtlichen Gründen nicht bekannt gegeben werden. Die Kartelldelegation wurde dem Bezirksleiter überlassen. Zum Punkt Verschiedenes ging der Kollege Kassen gegen den Hauptvorstand in Opposition, indem er rügte, daß derselbe den Mitgliedern Beamte überwicke, ohne dem Vorstand diesbezüglich Mitteilung zu machen, und brachte folgende Resolution ein, welche auch einstimmig Annahme fand:

"Die heutige Generalversammlung hält es für durchaus notwendig, daß sich der Hauptvorstand bei Anstellung von Lokalbeamten unbedingt mit dem Vorstand der betreffenden Mitgliedschaft in Verbindung setzt, und erachtet es ferner für notwendig, daß die Generalversammlung des Verbandes in dieser Angelegenheit andere, demokratische Bestimmungen einführt."

(Die Bestimmungen sind demokratisch genug, stehen natürlich nur auf dem Papier. Siehe Protokoll der letzten Generalversammlung Seite 37 und 125, Antrag Nr. 61. Der Schriftführer.)

Weiter beklagten sich verschiedene Kollegen über das schändliche Treiben der Sympathiehelden, die bei Einstellung eines Geistes erstmals das Versprechen abnehmen, daß er dem Verbande nicht angehört und bei einem etwaigen Streit Helferbieter leiste, und wenn in Arbeit stehende Kollegen nicht patieren, fliegen sie aus Plaster. Ferner erzählte unser Kollege Eich, der eine Werkmeisterstelle bekleidet, sein Meister habe ihm bestellt, daß er ihn am 1. April entlassen müsse, denn die Obermeister Müller und Krebs und der frühere Bäckermeister, jüdische Politiker Rose, dessen Name zu dieser Zeit steht, hätten sich die Hände schief gekreuzt nach ihm und hätten auf ihn eingedrungen, bis er die Entlassung des betreffenden Kollegen zugestellt hätte. — Mit dem Wunsche aus dem diesjährigen Lohnkampfe erfolgreich hervorzuheben, wurde die Versammlung geschlossen.

Bremen. Mit einer sehr reichhaltigen Tagesordnung hielt die bessige Mitgliedschaft ihre Generalversammlung am 20. Januar ab; dieselbe war sehr gut besucht. Aus dem Jahresbericht, den der Kollege Hilt gab, war zu erkennen, daß die Mitgliedschaft ein schönes Eind vorwärts gekommen ist, ist doch die Zahl der Mitglieder von 6 am Anfang des Jahres bis auf 49 am Schlus des Jahres gestiegen. Den Kassenbericht gab der Kollege Lüger. Das Resultat der Vorstandswahl war folgendes: Hanopka 1., Hanzen 2. Vorsitzender; Lüger 1. und Rette 2. Kassierer; Wolf 1. und Thante 2. Schriftführer; Revisoren Kötter und Göttsch und Weiß als Kartelldelegierter. Unter "Verschiedenes" brachte der Vorsitzende ein Eingeständnis aus der "Nordde. Postsstimme" zur Kenntnis der Mitglieder, daß wahrscheinlich von einem unorganisierten Kollegen berichtet ist und worin derselbe über eine sächsische Ausbeutung der Bäder beim Norddeutschen Lloyd berichtet; dieselben werden dort zu jeder Arbeit herangezogen, bekommen nie ihre Ruhezeit, auch werden keine Überstunden vergütet, die täglich gemacht werden; auch werden die Bäder zum Verstauen der Post und von Post bringen derselben beschäftigt. Als Lohn für all diese Arbeit wird monatlich 35 ct bezahlt. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, daß, wenn auch die Agitation unter diesen Kollegen schwierig, doch mehr wie bisher zu verhindern ist, diese Kollegen der Organisation auszuführen. Auch fand die Lehrgangsschule zur Sprache und wurde die Ausbeutung der Bäder zu ergreifen. Hierzu wurde Klage erhoben, daß trotz Eingabe an die Behörde über Bäckerfehlstände und Veröffentlichung solcher durch die Presse es nach dieser Richtung hin noch nicht besser geworden ist und so fortsetzte zum Schluß der Vorsitzende auf, alle den Mitgliedern bekannt werden mögliche Verstände dem Vorstand zu berichten, der dann bemüht sein werde, Abhilfe zu schaffen.

Chemnitz. Am 20. Januar fand in den Pl. Bierhallen die Generalversammlung statt. Den Vorstandsbereicht erstattete der Kollege Gratz und wies denselbe mit auf den öfteren Wechsel der Vorstandsmitglieder hin; es sei jedoch erstaunlich, zu konstatieren, daß nun stabile Verhältnisse eingetreten seien. Einen umfassenden Bericht zu geben sei nicht möglich; im neuen Jahr wird aber auch hierin Wandel geschahen werden. Die Mitglieder werden auf ihre Pflicht, die Versammlungen zu besuchen und eifrig die Bäckerzeitung zu lesen, aufmerksam gemacht. Den Kassenbericht erstattete der Kollege Weinert. Derselbe teilt mit, daß diesmal der Kassenbericht den Kollegen helptographiert vorliege und ein jeder Einblick in die Kassenverhältnisse nehmen könne. Neue Mitglieder wurden im Berichtszeitraum 118 mehr aufgenommen als im Vorjahr; Beitragssummen wurden 1205 mehr verkannt als im Vorjahr hin. Wir ersehen an dem Rechnungsabschluß, der immer als Großmeister für die Entwicklung gelten muß, daß wir aufwaden können; es soll uns dies aber ein Anhören sein, den Ausbau sowie die Entwicklung unserer Mitgliedschaft noch eifriger zu betreuen wie vorher. Nachdem der anwesende Gauleiter Wahl nochmals zu andauernder Arbeit angeholt und besonders auf die Kleinstabfirma hingewiesen hat, hält es der alte Vorstand für seine Pflicht, über die Erhebung der Lokalbeiträge einen Beschluss herbeizuführen. Eine Reihe von Kollegen sprach sich in Zustimmendem Einreis aus und wurde einstimmig beschlossen, pro Woche 5 M. Lokalbeitrag zu erheben in Form einer Einheitsmarke, die sofort nach Abrechnung des Monats Januar zur Einführung gelangt. Der alte Vorstand wurde größtentl. wieder gewählt und wurden die Bezirksschäfer dem Vorstand mit angeschlossen sowie

drei Börsen neu gewählt. Nach Erledigung einiger gewölklicher Sachen wurde die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Am 20. Januar hielt die Mitgliedschaft Gottsbürs ihre Generalversammlung im Verbandsaal ab; dieselbe war gut besucht. Der Vorsitzende Kollege Breinlich erstattete den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß die Mitgliedschaft sehr gute Fortschritte zu verzeichnen hatte; die Zahl der Mitglieder stieg von 32 im Jahre 1903 auf 57 im Jahre 1906; über 800 Beitragsmarken wurden mehr umgesetzt als wie im Vorjahr. Der Arbeitsnachweis stellte gut. Es wurden insgesamt 312 Karten und Briefe abgekündigt, ausgenommen hieron sind Drucksachen und abgelankte Geldsendungen. Es fanden 19 Versammlungen statt, davon waren 4 öffentliche und 12 Mitgliederversammlungen, die durchschnittlich gut besucht waren. Dem Vertrauensmann wurde einstimmig Decharge erteilt. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes Resultat: Der bisherige Vorsitzende Kollege Franz Breinlich wurde einstimmig wiedergewählt, ebenso der Kollege Joh. Lentsch als Revisor; neu gewählt wurden die Kollegen Moritz und Schöntrod, ersterer als 2. Revisor, letzterer als Kassenprüfer. Als Kartelldelegierte fungieren die Kollegen Max Hustle und Johannes Jentsch. Als Kandidaten für den Verbandsstag nach Cassel wurde der Kollege Breinlich ausgestellt. Nach einer kräftigen Ansprache der Kollegen Breinlich und Jentsch, in der sie die Kollegen zur Einigkeit und unermüdlichen Tätigkeit für den Verband aufrufen, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung. Eine nachträgliche Sammlung für den Wahlfonds ergab die Summe von 15 M.

Die Mitgliedschaft Danzigs hielt am 24. Januar ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende konnte in seinem Jahresbericht hervorheben, daß sich die Mitgliedschaft in diesem Jahre nahezu verdreifacht hat. Dieses bewiesen auch am deutlichsten die Zahlen aus dem Kassenbericht. Der erfreuliche Fortschritt ist besonders auf die Lohnbewegung zurückzuführen, wodurch die Danziger Kollegen ein wenig aus ihrer Stube ausgerückt wurden. Dem Vorstande wurde für seine Tätigkeit einstimmig Decharge erteilt. In den neuen Vorstand wurden hineingewählt die Kollegen Brehm als 1. Vors. und Glasig als 2. Vorsitzender; Schied als 1. und Lewin als 2. Kassierer; Riegel als 1. und Moßni als 2. Schriftführer; Neff, Nöbel und Rymni als Revisoren; Riegel und Moßni als Kartelldelegierte. Um aber auch die Organisation für die Vororte besser und planmäßiger zu betreiben, wurde für je einen Ort einen Vertrauensmann gewählt und zwar für Boppot der Kollege Großmann, für den Kollegen Oliva der Kollege Böhm, für Langfuhr der Kollege Drews und für Thra der Kollege Strujsina. Damit diese Kollegen für die gemeinsame Arbeit angespornt werden, ist ihnen im Vorstande Sitz und Stimme eingeräumt worden. Über "Unsere nächsten Aufgaben" mochte der Kollege Grigo noch einige beachtenswerte Ausführungen und forderte besonders auf Kleinagitation und zur Teilnahme am Diskutierklub auf. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen wurden auf jeden Donnerstag nach dem ersten Verbandsangelegenheiten erfolgte mit einem Hoch auf die moderne Bäderbewegung. Schlüß der Versammlung.

Karlsruhe. Am 17. Januar fand die Generalversammlung statt. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß in dem Berichtsjahr 2983 Beitragsmarken umgesetzt und 116 Aufnahmen gemacht wurden. Weiter sind eingegangen durch Veranstaltungen 70,96 M. In der Agitation wurde viel geleistet, so fanden 14 öffentliche und 8 Bezirksversammlungen statt, dazu noch die monatlichen Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen. Wenn der Erfolg ein geringer ist, so ist dieses nur dem Umstand zuzuschreiben, daß die Karlsruher Bädergehilfen nicht weniger als vier Vergnügungsvereine haben, die dafür sorgen, daß die Mehrzahl der Kollegen zu willigen Ausbeutungsobjekten erzogen werden, was die Arbeitgeber auch anerkennen; diese sollen ja doch dem "Gehüßenverein" 70 M., dem Club "Großstinn" 50 M. und dem Club "Einigkeit" 20 M. aus ihrer Kasse zu Weihnachten gegeben haben. Ob die Brüder in Christo auch etwas aus dem Ausbildungsfond erhalten haben, entzieht sich unserer Kenntnis; verdient hätten es auch diese. Aus der Vorstandswahl ist zu berichten, daß Brugger als 1. und Schwab als 2. Vorsitzender gewählt sind; Wiedenhöfer als Kassierer, Fischer als Schriftführer und Kuz und Röckert als Revisoren; in das Kartell sind Brugger und Wiedenhöfer gewählt. Zum vierten Punkt referierte Kollege Brugger über unsere zukünftige Agitation, wobei er u. a. auch darauf hinwies, daß wir alles daran setzen müssen, um dieser gründlichst bewußten Kollegen entgegenstellen zu können, um daß es auch uns einmal gelinge, mit diesen erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen fertig zu können. Mit einem Hinweis auf die Reichstagswahl, tückig zu agitieren, auf daß über der badischen Regierung wieder rote Fahne flattern möge, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Bäderbewegung die Versammlung.

Dresden. Am 17. und 22. Januar hielt die Mitgliedschaft im Volkshaus ihre Generalversammlung ab. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete der Gauleiter Koll. Zahl. Da wir mit einer Anzahl Arbeitgeber im Tarifverhältnis stehen, war das Hauptaugenmerk auf innere Kräftigung der Organisation gerichtet. So minimal aber auch die Vereinbarungen lauten, so mache es sich immer noch notwendig, daß 160 Verhandlungen mit Arbeitgebern stattfinden, zum großen Teil wegen Nichtbenutzung des in den Forderungen anerkannten Arbeitsnachweises. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 29 Sitzungen. Die Mitgliederbewegung ist seit dem Streik, wo es gelang, in einer Arzt-Betriebe das Kost- und Logistem abzuschaffen, eine stabile geworden, im übrigen ist aber noch große Sorge zu konstatieren. Am Beginn des Jahres 1906 traten 341 Mitglieder und am Schluß 380 zu verzeichnen. Eintritte erfolgten 238, abgekündigt sind 28, abmeldet 15, zum Militär kamen 8, gestorben und ausgeschlossen je 1 und gestrichen wurden 168 Mitglieder. Die Diskussion über den Bericht war eine längere aber sachliche. Eine kritische Kritik, als entschieden nicht fruchtbar genug, erging gegen ältere "Colonie" Meissen und Pirna. Dem Vorstand wurde Decharge erteilt. Nach einer Einlei-

tung vom Kollegen Pietschmann wurde beschlossen, uns mit 500 M. Anteil an der ab 1. Januar 1907 eingetragenen "Volkshaus-Genossenschaft m. b. H." zu beteiligen. In den Vorstand wurden auf Vorschlag einer eingeführten Kommission folgende Kollegen gewählt: Meissgeier, Borsig, Pfeifer, Stellv.; Pietschmann, Kassierer, Thiele, Stellv.; Straube, Schriftführer; Donath, Stellv.; Höhler, Menzner und Tittel als Revisoren; Thiemel, Briesbus und Schneid als Beisitzer; Biehly und Pietschmann als Kartelldelegierte und Brandner als Bibliothekar. Mit der Vertretung in die Endkommission gegen Kost- und Logiszwang wurde Kollege Meissgeier betraut. Im weiteren wird nach lebhafter Debatte mit Majorität beschlossen, ab 1. Februar die Einheitsmarke einzuführen, wonach die 5 M. wöchentlicher Lohnbeitrag in der Verbandsmarke begriffen und sonach nur noch 55 M. Marken abzugeben werden. Kollege Kuhl ersucht, alle Kräfte anzuspannen zur Reichstagswahl im Dienste der sozialdemokratischen Partei. Ebenso ersucht Meissgeier um vollzähliges Er scheinen zur nächsten öffentlichen Versammlung, welche sich mit dem gelben Gelicht beschäftigt. Nun, Kollegen von Dresden und Umgegend, Ihr habt nun selbst einsehen müssen, wie schwer sich Etablissements vor einer Tarifkündigung rächt, indem wir schwach waren, selbsts einzureichen. Tue deshalb im kommenden Jahre jedes einzelne Mitglied seine Pflicht bezüglich jeder Hinsicht der Stärkung der Organisation, dann werden wir im nächsten Jahre — aber auch nur dann —, im Stande sein, weitere Glieder der uns bannenden Ketten von uns zu werfen. Auf zum Kampf gegen Ausbeutung, gegen Gelb und Schwarz! sei unsere Lösung.

Am 10. Januar fand in Freiburg i. Br. unsere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Anwesend war der Bezirksleiter Brugger-Karlsruhe sowie Delegierte von Offenbach und Lahr. Konstatiert wurde, daß die Mitgliedschaft ganz schon Fortschritte gemacht hat im vergangenen Jahre. Allgemein wurde der Wunsch ausgedrückt, im neuen Jahre noch größere Fortschritte zu machen, so daß bald Freiburg die badische Hochburg des Bäderverbandes wird. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Riedel Hans, als 2. Vors. Matthes Jacob, als 1. Kassierer Weber D., 2. Kassierer Abiron Jacob, 1. Schriftführer Lobmeier Joh., 2. Schrift. Riede Gustav, Revisoren: Kraft und Weber Chr., als Kartelldelegierte Kraft und Riedel. Sämtliche gewählten Kollegen versprochen, ihr Mandat gewissenhaft auszuführen. Die Mitglieder mögen nun im neuen Jahre nach Kräften mitwirken und uns neue Kämpfer für unsere Sache zu werben suchen.

Bl. Grund. Am 20. Januar fand im Restaurant "Auguste-Bad" zu Denzen untere 10. ordentliche Generalversammlung statt. Kollege Uhlemann erstattete den Kassenbericht. Im vergangenen Jahre wurden 10 Anzeigen bei der Behörde wegen Übertreibung der Bundesstaatsvorschriften eingereicht, dieseben wurden mit 7,50 bis 250 M. Strafe geahndet. Die höchste Zahl der Mitglieder wurde im August mit 125 erreicht. Der Antrag der Revisoren, den Vertrauensmann zu entlasten, wurde einstimmig angenommen. Kollege Taggfell gab den Bericht der Agitationsskommission. Es wurde dann die lezte Gesellschaftswahl scharf kritisiert und beschlossen, gegen die elbe Protest einzulegen. Ferner wurden der Agitationsskommission 25 M. einstimmig bewilligt. Kollege Uhlemann lehnte eine Wiederwahl des Vertrauensmanns beiderter Umstände halber ab. Röhl und Taggell wurde als 1. und Kollege Heinrich als 2. Vertrauensmann gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Böppich und Köhler wieder- und der Kollege Schmidt neu gewählt. Kollege Gärtner wurde als Erziehmann in das Gewerkschaftskontroll gewählt. Hierau wurde der Antrag des Kollegen Riedmann, wöchentlich 10 M. Extrabeitrag, 3 Monat dauernd, zu erheben, mit 29 gegen 19 Stimmen angenommen. Von der Versammlung wurde es empfohlen, eine Anzeige an die kgl. Staatsanwaltschaft einzureichen, die den Bädermeister Wunderlich in Baulerode betrifft. Durch die Lärkontrolle in den Versammlungen wurde festgestellt, daß 26 Kollegen keine Versammlung besucht haben. Man möchte denselben auffordern: Wachet auf aus eurer Interessenlosigkeit, sonst müssen wir euch in der Zeitung veröffentlichen! Nachdem forderte der Vorsitzende Kollege Lehmann die Kollegen auf, weiterhin tätig zu sein an der Ausbreitung unserer Organisation. Mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Bäderverband wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg-Altona. Jahres-Hauptversammlung in den oberen Sälen des Gewerkschaftshauses am 20. Jan. Nachmittags 2 Uhr fanden zuerst die beiden Sektionsversammlungen der Weiß- und Grobbäder getrennt mit gleichlanger Tagesordnung statt: 1. Bericht der Wahlkommission; 2. Halten wir für die Zukunft unsere Sektionsversammlungen getrennt oder gemeinsam ab? Von der Wahlkommission der Grobbäder wird A. Piehl als Sektionsleiter, Siegher als Kassierer, Scherbach als Schriftführer, Stubbe als Beisitzer, Lehmann als Bevollmächtigter der Gesamtmitgliedschaft vorgeblagen. Lehmann lehnt diesen Posten ab. Als Sektionsleiter wird er gegen Piehl mit 60 gegen 35 Stimmen gewählt. Die anderen Vorschläge der Wahlkommission werden per Aktionierung angenommen. Dann wurde aufgelöst, die Sektionsversammlungen in Zukunft gemeinsam abzuhalten. Darauf Schluß der Grobbäderversammlung.

Von der Wahlkommission der Weißbäder werden Widers a. S. Sektionsleiter, Meppen als Kassierer, Krohn als Schriftführer, Torrenen als Beisitzer vorgeblagen und von der Versammlung gewählt. Dann wurde ebenfalls beschlossen, die Sektionsversammlungen für die Zukunft gemeinsam stattfinden zu lassen.

Um 3 Uhr bezog die kombinierte Mitgliederversammlung. Lehmann machte an dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht Ergänzungen. Das Berichtsjahr sei als eins der besten zu bezeichnen, sowohl Agitation, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und Lehreng der Mitglieder in Betracht kommen. Ganz besonders günstig habe sich über der inneren Ausbau der hiesigen Organisation vollzogen; zu erwähnen sei hier der Zusammenarbeit der Mitgliedschaften Homburg, Altona, Bergedorf, Geschwet und Wilhelmsburg. Diese Maßnahme garantiert ein einheitliches und einheitliches Arbeiten. Das Betriebsdelegiertenystem ermöglicht dem Vorstand, stets Rücksicht mit jedem einzelnen Betrieb zu haben. Die Bezirksvorstände und Kassierer haben mit einzelnen Ausnahmen ihre volle Schuldigkeit getan. Sehr wird diesen kollegialen Kollegen die Arbeit dadurch wesentlich erleichtert, daß die Abwehränderungen dem Bureau nicht immer mitgeteilt werden.

Darauf muß von den Mitgliedern in Zukunft noch bedeutend mehr Wert gelegt werden. Die Lebenslage der Bäderarbeiter hier ist eine äußerst ungünstige; der Lohn ist niedrig, die Arbeitszeit lang; außerdem muß die größere Zahl der Kollegen noch sieben Tage in der Woche arbeiten. Die Arbeiter der anderen Berufe können sich kaum Mute ist, der Nacht für Nacht das ganze Jahr hindurch vorzugehen, daß er überhaupt Arbeit hat, arbeiten muß. Unsere wohlgenährten Bädermeister halten dies mit wenigen Ausnahmen für ganz selbstverständlich. Die mit der Tätigkeit des Betriebes nicht beachtet. Auch die Autorität des Führers reicht durchaus nicht hin, um diese Herren zu veranlassen, das Vereinbartheit einzuführen. Erst unsere Organisation habe vielen Kollegen zu ihrem Recht verholfen. Die Tätigkeit des Vorstandes war eine sehr rege. Es fanden 30 Vorstandssitzungen statt, davon fünf gemeinschaftliche mit dem Vorstand von Altona unter Führung des Hauptvorstandes, zwecks der inzwischen erfolgten Verschmelzung der beiden Mitgliedschaften. Am Schluß des vorigen Jahres haben wir einen Mitgliederbestand von 805 aufzuweisen gehabt. Wir können mit Genugtuung konstatieren, daß 1053 Mitglieder, davon 84 weibliche, geschlossen dastehen und mit Rücksicht auf die Zeit entgegensehen, vorausgesetzt, daß ein jeder seine Pflicht erfüllt und unablässig weiter neue Kämpfer mit. Versammlungen fanden 6 gemeinschaftliche, 6 Sektionsversammlungen der Weißbäder, 6 der Grobbäder, sowie 2 öffentliche statt. Der Versammlungsbeischlag war im allgemeinen nicht beständig; es muß unter allen Umständen danach hingestrebt werden, daß es in dieser Beziehung besser wird. Denn namentlich in den Versammlungen sollen die Kollegen ihr Wissen erweitern. Betriebsarbeiterversammlungen fanden 58 statt; zum Teil wurden verschiedene, nicht beieinander liegende Betriebe zusammen geladen, da auf diese Weise daselbe erreicht wurde, als wenn jeder Betrieb einzeln geladen würde, andererseits die Zahl der Versammlungen eine bedeutend höhere wäre. Beziehungs der Beitragszahlung kann den Kollegen nicht genügend gesagt werden: Zahl pünktlich eure Beiträge. Im vergangenen Jahre konnte zwei Kollegen die Arbeitslosenunterstützung nicht gewährt werden, da sie mit ihrem Beitrag länger als 13 Wochen im Rückstand waren. Lohnforderungen fanden in 30 Betrieben statt, davon nur Lohnforderungen in 14 Betrieben. Lohnförderung, Arbeitszeitverkürzung und Freizeit in 12 Betrieben. In 4 Betrieben wegen Kost und Logis außer dem Hause. Beteiligt waren insgesamt 263 Personen. Erreicht wurde für 88 Kollegen jede Woche eine Freizeit und für 8 Kollegen alle 14 Tage eine Freizeit. Lohnerhöhung wurde für 252 Personen herangeholt; leider läßt sich wegen Zeitmangel die Summe an Mehrzahlung nicht feststellen. 16 Kollegen erhalten ihrem Wunsche gemäß Kost und Logis außer dem Hause. Arbeitszeitverkürzung wurde (täglich 1/2 Stunde) für 50 Mitglieder erreicht. Nicht mit einbezogen sind die Kollegen, die es selbst verstanden haben, Verbesserungen zu erreichen, ohne daß die Organisation hinzugezogen wurde, wohl aber mit unserem Einverständnis gehandelt haben. Demgegenüber wollen wir gern konstatieren, daß es auch in unserem Berufe Leute gibt, die ein soziales Empfinden in sich tragen und auch danach handeln. Zwei Betriebe befürworteten ihren Gesellen je acht Tage Ferien unter Weiterzahlung des Lohnes. Bedenkt manchmal Bädermeister zur Nachahmung zu empfehlen. Die Gesellschaften und Vortragsabende waren zum Teil sehr gut, andere hingen mangelschaft beiwohnt. Den Kassenbericht gab Langhans. Die Debatte über die Berichte des Vorstandes war sehr lachlich. Die Vorstandswahl ergab die Annahme der Sektionsvorschläge mit der Aenderung, daß Lehmann als Vorsitzender der Mitgliedschaft und Piehl als Sektionsleiter der Grobbäder bekräftigt werden. Als Revisoren werden Riedel, Siegher, Löb und Günzmann gewählt. Dann wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, eine Enthaltung einzugehen. Ein Antrag, der sozialdemokratische Partei für die Reichstagswahl 200 M. zu überreichen, wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, den mit Zeitungsauszügen beschäftigten arbeitslosen Kollegen eine Entschädigung von 30 M. zu gewähren. Darauf fand folgender Antrag Annahme: "Die Versammlung möge beschließen, daß das Bureau nicht als Außentrefferraum für die arbeitslosen Kollegen zu betrachten sei. Die haben dort um Arbeit einzutragen, sich aber sonst für die Zeit, die für die Arbeitsvermittlung vorgesehen, in den im Gewerkschaftshaus zur Verfügung stehenden Außenstellräumen aufzuhalten." Stubbe fordert die Kollegen auf, darauf zu achten, daß die "Flora", in lange sie der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, von keinem Arbeitnehmer benutzt werde. Ganz besonders müsse man in den Kreisen bekannter junger Leute beiderlei Geschlechts darauf hinweisen, die "Flora" zu meiden. Darauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Köln a. R. h. Eine öffentliche Bädergesellen-Versammlung, die sich eines recht guten Beutes erfreute, wurde am 9. Januar im Volkshaus abgehalten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Begehrung der Brotpreiserhöhung bzw. Abholzung der Zugaben seitens der Meister, sprach Dietrich. Der Redner zeigte den Anwesenden zunächst ein Bild der Entwicklung des Kölner Bädergewerbes, das allmählich zum Großbetrieb übergeht. Während noch vor wenigen Jahren die Brotproduktion der Großbetriebe kaum einige 100.000 M. betrug, sei die im Jahre 1906 auf über drei Millionen Mark gestiegen. Das sei nahezu der achte Teil des Brotpbedarfs für Köln und Umgebung. Unter solcher Konkurrenz, die immer mehr zunehme, habe zweifellos des Bäder- Kleingewerbes zu leiden. Hinzu kommt noch die famose Wirtschaftspolitik der Regierung und der herrschenden Parteien, wodurch nahezu alle Rohmaterialien, hauptsächlich des Weiß, gewaltig im Preise steigen. Dies alles habe die Bäderinnung veranlaßt, in welchem Vor gehen die Herren der Bäderinnungkehr etwamig wurden durch das Beispiel der Milchbauern. Der Redner forderte dann, wie die ganze Aktion der Zunung an der besteuerten Fleischhändler solidarität der Meister scheitere, die meistens nur dann einig sind, wenn es gegen die Geilen gehe. Was diese letzteren veranlassen, zu der vorliegenden Frage Stellung zu nehmen, sei die Art, wie die Bäder-Zunung dem Publikum, hauptsächlich aber der Arbeiterschaft, die Abschaffung der Zugaben begreiflich machen versuchte. Die immer mehr steuernden Gefellen-

Löhne und die größere Last der sozialpolitischen Gesetze" hoffen u. a. Schuld an der Preisssteigerung seien. Der Vortragende verfügte dieses bekannte Brüderlicher Argument, indem er die derzeitige Lage der Kölner Bäckermeister schilderte. Er schlug folgende Resolution vor: Gelehrte schließen. Die Versammlung erklärte unter Bezugnahme auf die Vergrößerung der Erhöhung des Brotpreises bezw. Abhängigkeit der Bäckereien folgendes: Die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung des Brotpreises erkennt die Versammlung als ungünstig, als dadurch die bekannte Schiedskonkurrenz beseitigt würde. Im übrigen machen sich die Gelehrten keineswegs an den Meistern bei Feststellung der Preise für Backwaren etwa drein zu reden, sofern nicht dabei die Interessen der Gelehrten berührt werden. Die Versammlung protestiert aber entschieden dagegen, wenn die Bäcker-Kunst ihr Vorgehen damit begründet: die Erhöhung des Brotpreises sei notwendig, weil u. o. auch die Löhne der Gelehrten ständig steigen. Gegenüber dieser Unwohlsein, jeder Grundlage entsprechenden Begründung stellt die Versammlung auf Grund statistischen Materials fest, daß der durchschnittliche Brotlohn für Bäcker allein in Köln bei freier Station vom Jahre 1903 bis 1907 nur um eine Mark gestiegen ist. Diese kleine Steigerung des Durchschnittslohnes ist übrigens nur auf die vereinzelte Aufzehrung der Gelehrtenlöhne zurückzuführen; im allgemeinen sind die Löhne der Kölner Bäckermeister heute noch die gleichen wie vor vier Jahren, der niedrigste Lohnjahr ist sogar von 5 M (1903) auf 4.50 M (1907) zurückgegangen. Aus diesen Gründen erläutern die Gelehrten auch, daß die Notwendigkeit einer Lohnsteigerung mehr denn je vorhanden ist. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Hieraus sprach Gelehrte Frohlich über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Seine Ausführungen wurden sehr befürchtet angenommen.

Köln. Unsere gut besuchte Generalversammlung tagte am Sonntag, den 20. Januar. Dem Jahresbericht, den Kollege Dietrich erstattete, ist folgendes zu entnehmen. Die Mitgliederbewegung war folgende: Bestand aus 1905: 127, Aufnahmen 173, abgereist 63, vom Militär zurück 1 und aus anderen Verbänden übergetreten 2; Ortsmitzugang insl. Bestand aus 1905: 366; Abgang: abgereist 107, zum Militär 7, ausgewichen 3, ausgetreten 7, zu anderen Verbänden übergetreten 2, gerichtet wegen Streikbruchs 2, wegen Nichtzufriedenheit der Beiträge 98; insgesamt 266, so daß der Bestand am Jahresabschluß 1906 149 betrug. Beüglich der Beitragszahlung ist eine kleine Steigerung eingetreten; wenn auch gegen 1905 die Zahl der verkauften Marken von 5874 auf 5614 zurückging, so ist zu berücksichtigen, daß 1906 an 73 Marken weniger gewechselt wurden als 1905. Die Zahl der abgehaltenen Versammlungen rührte, der damals wichtige Verlust derelben und die Zahl der hierdurch neu gewonnenen Mitglieder ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Art der Versammlungen	In Köln			Außerhalb Köln			Zahl	
	Gelehrte versammlungen	Mitglieder- versammlungen	Brüder- versammlungen	Gelehrte- versammlungen	Mitglieder- versammlungen	Brüder- versammlungen		
Gelehrte versammlungen	9	88	42	—	17	21	13	3
Mitglieder- versammlungen	13	31	5	—	—	—	—	2
Brüder- versammlungen	8	20	4	2	—	—	—	—
Gelehrte- versammlungen	6	5	7	4	—	—	—	1
Mitglieder- versammlungen	8	—	6	—	—	—	—	2
Brüder- versammlungen	11	—	—	2	—	—	—	—
Gelehrte- versammlungen	3	—	—	—	3	—	—	1
Gelehrte- versammlungen	6	—	14	1	—	—	—	—
Gelehrte- versammlungen	—	—	71	—	—	—	11	—
Zusammen	64	—	149	9	20	—	24	9

Gelehrte Versammlungen wurden gebraucht 129, hergestellt: 650 Marken, 6000 gebraucht 12000 und 10000. Hergestellt: 1455 Goldmarkstücke, 1500 Silberstücke und 1554 Goldmarkstücke Goldbarren und Goldstücke zu 1000 und 500 Marken oder, Silberstücke, Goldstücke und Goldmarkstücke. Der Brüdermeister berichtete daß er 772 Erträge und 229 Abgänge hatte. Rauter legte eine Tabelle mit 1864 Preismarkenabzügen vor. Gelehrte Versammlung der Mitglieder wurden weitere Berichte erhalten. So je ein Bericht über Gewerkschaften, über die Wirtschaft, die Arbeiterschaft und Gewerbetreibende und andere gewerkschaftliche Tätigkeiten. Gelehrte wurden für 11 Gewerkschaften im Gewerkschaftsrat und Gewerkschaftsverein 12 Marken ausgetragen. Vergangenheitswerts der Mitglieder waren 4 statt. Ein Familienbericht Mr. Brüdermeister, ein Bericht habe ein Kind und Geschwister im Soldaten, die beiden letzteren erzielten einen Übertritt von zuletzt 57.50 M. Der Bericht der Brüdermeister war einzigartig und bei Eröffnung von fast 20000 an den Staatsanwalt setzte der Brüdermeister sein Statement vor dem Generalbericht, obwohl in der Sitzung die Zeiten von 72 M betont worden waren. Das Statement endete mit der Zeile und der Brüdermeister berichtete daß er 720 M Goldstücke und 7 Tage Gewinn. Außerdem berichtete Kollege Dietrich noch auf die Gewerkschaften zu jenen zwei, die keinen oder keine Gewerkschaften — 28 Jahre und 29 Gewerkschaften — erzielte er die Partei einzeln. Brüdermeister und eine Tochter der Mitglieder überzeugt. Wenn die Mitgliedschaft 90% nicht viel besser als die Hälfte der älteren Gewerkschaften und die Brüdermeister bis 1890 daselbe haben erreicht, so ist dies sicher nicht die Stärke der Brüdermeister, sondern der Brüdermeister. Er gab einen Bericht, der bestätigte, daß es in der Gewerkschaften geblieben ist, daß es einige waren, sich in gemischtem Brüdermeister und einer Brüdermeister zur anderen gehalten zu haben. Kollegen, kommt zunächst in den Versammlungen, dann hier im Gewerkschaftsverein eine gute Organisation der Brüdermeister mit. Darum, kann in den Versammlungen.

berichtet wurden beantwortet, worauf die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen wurde. Zu diese wurden gewählt die Kollegen Fleischmann, Storte, Dietrich, Brüdermeister, Hugo Haase über die am 25. Januar stattfindende Reichstagswahl referierte; die Versammlung war gut besucht. Mit ergreifenden Worten führte Gelehrte Haase sein Referat aus und schloß die Kollegen in klaren Zügen den Grund der damaligen Auflösung des Reichstages und wie verschwendisch der Staat das Geld, welches das arbeitende Volk mit Schweiß und Blut, als Stärke aufzubringen muß, nach Afrika verpulvert, so daß es jeden Kollegen Parole sein muß: Sozialdemokrat zu werden, um nicht noch mehr unterjocht zu werden. Unter "Verschiedenem" streute der Gelehrte Haase die traurige Lage in unserem Berufe und wenn wir es verstanden können, daß in unserem Berufe eine Bundesratssordnung erlassen wird, wir können es mit der sozialdemokratischen Partei verbinden. Hat sie, die Bundesratssordnung, auch nur wenig von unseren Misständen befreien können, so doch das größte Elend. Hieraus wurden alle Kollegen aufgerufen, sich zu organisieren, denn nur in geschlossenen Reihen können wir unsere Rechte erkämpfen. Weiter wurde vom Vorsitzenden Kollege Dorst die Handlungswelt der Gelehrten gerügt, da diese Leute alles mögliche verhindern, um unseren Verband zu schädigen; ebenso haben sie auch am 16. Januar ihre Hinterlist bewiesen, indem sie eine Versammlung abhielten, die dazu dienen sollte, um unsere Versammlung stören gehen zu lassen. Über der liebe Gott, der helfen sollte, war uns "Noten" auch diesmal gnädig: unsere Versammlung war gut besucht. Mit einem Hoch auf den Deutschen Bäckerverband wurde die Versammlung geschlossen.

In Leipzig fand am 20. Januar die gut besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Freytag gab den Gelehrtenbericht. Der Erfolg sei im Verhältnis zur geleisteten Arbeit leider sehr gering. Im vergangenen Jahre wurden 14 öffentliche und 8 Mitgliederversammlungen zur Teil mit wissenschaftlichen Vorträgen abgeschlossen. In 17 Sitzungen beschäftigte sich der Vorstand mit den zur Agitation erforderlichen Vorarbeiten. Durch die Wahlbewegung machten sich noch 10 kleine und 2 große Bezirksversammlungen, 3 Vertrauensmännerberufungen, je eine Sitzung mit den Bergbauingenieurvereinen und den Meistern notwendig. Außer diesen Versammlungen wurden ein Sommervergnügen, eine Kirmes und ein Weihnachtsvergnügen arrangiert; ferner wurde eine Beurteilung des neuen Rathauses und der Augsburger Margaretenfahrt vorgenommen. Der Aus- und Eingang von Fäkalien, Postarten, Briefen, Drucksachen und Anweisungen war zwort. Der Arbeitsnachweis vermittelte 22 Stellen, Arbeitsschaffende wurden für 2670 Arbeitstage vermittelt. Da über unzureichende Ausfüllung der Zuschücher gefragt wurde, soll in Zukunft die Verpflichtung der Tour mit 20 M Strafe belegt werden. Ein Bericht auf Fürsorge der Dauer des Turnus lehnten der Magistrat und der Gutachter Konkurrenz ab. Die Versammlung beschloß, 20 M an das Wahlkomitee zu senden. Im vergangenen Jahr haben zwei Kollegen keine Versammlungen belegt, 13 Kollegen waren nur einmal in einer Versammlung. Ein 1. Quartal sollen drei Ehremitträume erhoben werden. Die zum Militär eingeschickten Kollegen sollen bei 1-jähriger Verbandszugehörigkeit nach ordnungsgemäßer Abmeldung ein Verbandsmitgliedschaft von 5 M erhalten. Am Anfang des Jahres nahm man die dem Räumter Dekrete erteilt. Als Vorsitzende wurden die Kollegen Neumann und Hartmann, als Vorsitzender Lende und Grammiller, als Vorsitzender Mohrmann und Richter, als Revieren Freitag, Roth und Hartrich gewählt. Zum Kertelsdorfferten erzählte die Versammlung den Kollegen Richter. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf bei der bevorstehenden Reichstagswahl sich stetig an der Wahllokale zu beteiligen.

Wuppertal. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 16. Januar statt und war außerordentlich stark besucht. Der Gelehrtenbericht wurde schon vorher den Mitgliedern zugelebt; so daß nur die Berichterstattung übrig überließte. Die Mitglieder erkannten auch, daß ein Jahr mit schwächerer Arbeitsleistung der tönigen Mitglieder keiner wesentlich. Beobachtete Kreise meinte es allen, daß im vergangenen Jahre an 400 Mitglieder beitreten, welche alle über 30 Jahre alt waren und welche im Alter von 10, 15 und 20 Jahren starben, das auch für die nächsten Jahre bleibt als die Organisation. Der Mitgliederstand ist nun um 20 vermindert, so daß bald 50 Prozent der Wuppertaler Sozialdemokratie erzielt sind. Mit dem Appell, im kommenden Jahre zu rüsten, um 1908 zur Teilnahme des Reichstagswählens einzutreten, wurde die von einem Komitee geplante Versammlung beschlossen. — Eine Protektionserklärung gegen die Errichtung der Zentralbürozentrale löste am 23. Januar über 1000 Wuppertaler Bäckerfamilien an. Beobachtete waren die älteren Kollegen erstaunt, die von der Zentralbürozentrale mit besonderer Wohlwollen bedacht sind. Das mit dem Großvater Wohlwollen ist kein einziger Grund zu Rüsten, weshalb ich jetzt die Zentralbürozentrale sagen. Die Bäckerfamilien haben die trügerische Pläne der Firma durchschaut und geben nicht erst bei Zeit, sondern sie übernehmen sieben Monate in die Todesstrafe. Sie werden die Bäckerfamilien nicht in die Todesstrafe gezwungen werden, der Bäckerfamilie begegnete bei einer Bäckerfamilie, die sie allein Wuppertaler Kollegen die Augen öffnet, wohin sie gehören. Der Erfolg war: 60 Anträge in den Sitzungen.

Kemnitz. Am 12. Januar einberufenen Versammlung glänzte die Mehrzahl der Mitglieder durch Einsichtlichkeit. So daß zu seiner Meinung gekommen werden konnte. Es scheint den Kollegen mehr an dem Tongalon als an dem Tischler zu liegen, daß es einige waren, sich in gemischtem Brüdermeister und einer Brüdermeister zur anderen gehalten zu haben. Kollegen, kommt zunächst in den Versammlungen, dann hier im Gewerkschaftsverein eine gute Organisation der Brüdermeister mit. Darum, kann in den Versammlungen.

Kemnitz. Am Donnerstag, den 17. Januar, fand im Hotel des Herrn Börs eine öffentliche Versammlung statt, welche sehr gut besucht war. Zu ber-

sehen war auch der Vorsitzende und Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins mit seinen Mitgliedern erschienen. Kollege Wols-Saarbrücken referierte eingehend über das Thema: "Warum organisieren wir uns?" Ein klaren, deutlichen Worten führte er den Kollegen vor Augen, daß wir soziale Lagen von den Meistern gezwungen wurden, uns zu organisieren. Im weiteren ging er zu dem Zweck und Nutzen des Verbandes, sowie die Lohnbewegung im allgemeinen und deren Erfolge über. Zum Schluß streute er noch kurz die kommende Reichstagswahl. Er führte aus, daß es im eigenen Interesse eines jeden Lohnarbeiters und somit wie denn sonst! Siegen, nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die die Interessen des Arbeiters nicht mit führen treten, und daß sei nur der sozialdemokratische. Weicher Beifall lohnte seine Ausschüttungen. Die Diskussion war eine sehr lebhafte. Mehrere Mitglieder vom Gewerkschaftsverein meinten, das wäre ja ganz schön, was der Meister gesagt habe, aber hier in Würzburg habe man den Verband nicht nötig. Hier gebe es eine ausnahmsweise gute Kost (?), man verdiente schönes Geld (?) und brauche nicht länger zu arbeiten wie 12 Stunden! Nur ein Kollege desselben Vereins war anderer Meinung: Die Kost wäre zwar hier durchweg eine gute, aber dennoch erkenne er die Forderung des Verbandes als berechtigt an. Ja, er ging sogar noch weiter und forderte die jüngeren Kollegen auf, sich dem Verbande anzuschließen. Zum Schluss rügte er noch das Verhalten des Bäckermeisters Hitzelberger, der zugleich Vorsitzender der hiesigen Handwerkerkantone ist. Dieser christlich-katholische Menschenfreund hat nämlich in seiner christlichen Nächstenliebe einen fronten Schneider gesellen aus dem Krankenhaus expedieren lassen. Warum? Weil er früher sozialdemokratische Flugblätter vertrieben hat. Der Kollege brachte dann noch einen diesbezüglichen Artikel aus der "Saarwacht" zur Verlesung. Allgemeine Entrüstung herrschte darob bei den Kollegen. Das war jedoch für den Vorsitzenden des Vereins zuviel. Solche Aufwieglei unter seinen Mitgliedern, das war unerhört. Er kritisierte dann auch das Verhalten dieses Kollegen: Er, der Vorsitzende des Vereins, wäre ein guter Freund zu dem betreffenden Hitzelberger (treue Seele finden sich zu Wasser und zu Land!), diese Nächstenliebe gehöre nicht hierher. Die betreffenden Gelehrten, welche den Gewerkschaften angehören, können ja die Gewerkschaftsversammlung besuchen und diese Angelegenheit dort verhindern. Von Kollegen Baas wurde versichert, daß sich die Gewerkschaften schon darüber einig sind, um in der nächsten Versammlung vollständig zu erscheinen. Sie werden dafür Sorge tragen, daß dieser christlich-katholische Menschenfreund mit seiner christlichen Nächstenliebe sobald wie möglich aus dem Vorstand vertrieben wird. Kollege Venal, der als ein guter Diskussionsredner bekannt ist, kritisierte dann in längeren Ausführungen das Verhalten des Gewerkschaftsvereins, hauptsächlich aber dessen Vorsitzenden. Wie man aus seinem ganzen Berichte höre, vertrate er ja nur die Interessen der Meister, aber nicht die der Gelehrten. Es heiße doch in ihren Statuten: der Verein hat den Zweck, die sittliche und materielle Lage der Mitglieder zu heben. Wie er als Vorsitzender denn das zu machen gedachte? Hierüber kam der betreffende Vorsitzende des Vorsitzenden so aus dem Haus heraus, daß er sich gebendete fast wie ein Wilder. Als er sah, daß er sich mit seinem Kollegen Venal mit seinen Worten nicht mehr messen konnte, fing er an, sich mit seiner Kraft zu rütteln. Vom Vorsitzenden mußte dieser Herr Wulff, der seine Mitglieder sittlich heben will, unaufhörlich sich zur Ordnung gerufen werden. Zum Schluss gehörte Kollege Wols in scharfen Worten das Verhalten dieses Nachbarn. Er forderte die Kollegen auf, sich dem Verbande anzuschließen, denn in diesem würden ihre Interessen besser vertreten. Nach Schluß der Versammlung folgten zwei Kollegen diesem Rufe und ließen sich aufnehmen. Mehrere Kollegen versprachen ebenfalls ihren Beitritt.

Stettin. Am 10. Januar fand die gut besuchte Generalversammlung statt. Den Jahresbericht gab Kollege Scheunemann. Kollege Heine verließ den Kassenbericht vom Monat Dezember, der selbe wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen ergab ein Defizit von 10.45 M. Zu den Vorstand wurden der 1. Vorsitzende, der Kassierer und Schriftführer einstimmig gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Vogel und als weiterer Schriftführer Kollege Strüger, zu Rechtschönen die Kollegen Mandel und Hergel gewählt. Der Vorsitzende dankte den Kollegen im Namen des Vorstandes für das Vertrauen und forderte die Kollegen auf, auch im neuen Jahre den Vorstand kräftig zu unterstützen in der Kleinarbeit. Zum 5. Punkt der Tagesordnung entwarf sich eine rege Debatte und wurde beschlossen, jeden Donnerstag nachmittags 3 Uhr bei Milenz, Turnerhüt. 7, zusammen zu kommen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde vom Kollegen Becker auf die bevorstehende Reichstagswahl und Gewerkschaftsvertrag aufmerksam gemacht. Es wurden dann die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen. Es wurde dann die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskommission ist. Es wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen einzuhalten und wurde der Vorstand mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum Gewerkschaftsverein aufgerufen hatte, fand er noch nicht einmal von der Innung eingeladen ist, trotzdem er jetzt ein Jahr in der Lehrlingsprüfungskom